

Europa Rechtsaußen

Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus bei den Europawahlen 2019 - und nach dem "Brexit"

Richard Stöss

Der seit den ersten Direktwahlen 1979 zu beobachtende heftige Rechtstrend bei den Europawahlen hat sich weiter fortgesetzt. Die Rechtsaußenparteien, also die rechtsextremen und rechtskonservativen Parteien, sind stärker denn je. Bei den Wahlen im Mai 2019 eroberten sie mit 179 Abgeordneten knapp ein Viertel aller Sitze. Mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union musste der rechtskonservative Bereich Verluste hinnehmen, während der rechtsextreme Bereich sogar noch vier Mandate hinzugewann. Insgesamt zählten die Rechtsaußenparteien nun nur noch 156 Abgeordnete, was aber immer noch über ein Fünftel aller (von 751 auf 705 reduzierten) Sitze des Europaparlaments und das weitaus beste Ergebnis seit 1979 bedeutet. Maßgebliche Fraktion am rechten Rand ist die rechtsextreme "Identität und Demokratie" (ID), die es im Mai 2019 auf 73 Mandate brachte (fast doppelt so viele wie bei den Europawahlen 2014) und nach dem Brexit sogar noch die schon erwähnten vier Mandate hinzugewann. Die bei den letzten Europawahlen erfolgreichen 23 rechtskonservativen und rechtsextremen Parteien verteilen sich zwar auf drei Fraktionen (und die Fraktionslosen), verfolgen aber trotz mancher ideologisch-politischer Differenzen ein gemeinsames Ziel und könnten daher ein erheblicher Störfaktor im europäischen Einigungsprozess sein: Sie richten sich gegen den universellen Geltungsanspruch der Menschenrechte, propagieren stattdessen ein nationalistisches und auf ethnische Homogenität gerichtetes Weltbild. Und sie wollen die mühsam errungene europäische Integration wenigstens teilweise rückabwickeln und die EU durch ein "Europa der Vaterländer" ersetzen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung: Ausgangslage und Fragestellungen	3
2. Begriffsbestimmungen.....	8
3. Ergebnisse der erfolgreichen Rechtsaußenparteien in ihren Heimatländern.....	12
Kurzes Fazit	14
4. Mandate der Rechtsaußenparteien nach Parteytypen.....	16
Kurzes Fazit	24
5. Möglichkeiten und Grenzen der Parteien am rechten Rand.....	26
a) <i>Zu den sozioökonomischen Entwicklungen</i>	26
b) <i>Zu den politischen Bedingungen</i>	27
Ausblick.....	30
6. Rechtsaußenparteien und Fraktionsbildung	31
a) <i>Zur bisherigen Entwicklung der rechtsextremen Parteien im Europaparlament</i>	31
b) <i>Bemühungen vor den Europawahlen 2019</i>	33
c) <i>Fraktionsbildungen unmittelbar nach den Wahlen</i>	35
d) <i>Die Situation nach dem Brexit</i>	40
Kurzes Fazit	43
7. Ergebnis und Schlussfolgerungen	45
Anhang	
Abkürzungen für EU-Staaten	48
Tabellen A1 bis A7.....	49
Abkürzungen für Parteien	56
Literaturverzeichnis.....	59

1. Einleitung: Ausgangslage und Fragestellungen

Wie bei allen Wahlen wurde auch im Vorfeld der Europawahlen des Jahres 2019 über den Ausgang spekuliert. Zumeist wurde gemutmaßt, dass "rechtspopulistische", "europaskeptische" bzw. "europafeindliche" Parteien "große Zugewinne" machen und "so viele Stimmen gewinnen (werden) wie nie zuvor". Es hätte sogar die Gefahr bestanden, "dass sich die Union selbst lähmt"¹. Nach dem nicht gerade zu Übertreibungen neigenden Historiker Norbert Frei hätte sogar "ein Triumph der Rechtspopulisten bei der Europawahl"² gedroht. Der "Spiegel" berichtete damals, dass Meinungsforscher europaweit mit etwa 20 Prozent für die "Rechtspopulisten" rechneten³. Anderen Ortes war sogar von einem "Drittel oder mehr der Sitze" die Rede gewesen⁴. Die Eurobarometer-Umfragen zeichneten allerdings ein widersprüchliches Bild. Einerseits äußerten sich die Befragten in den 28 Mitgliedsstaaten recht positiv über die Europäische Union (EU). So hielten 62 Prozent die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache. Das war der höchste Wert seit 25 Jahren⁵. Und in allen Mitgliedstaaten hatte über die Hälfte der Befragten das Gefühl, Bürger der EU zu sein. EU-weit waren es 71 Prozent. Auf nationaler Ebene schwankte der Wert zwischen 89 Prozent in Luxemburg und immerhin noch 51 Prozent in Bulgarien⁶. Andererseits galt in 26 Mitgliedsstaaten die Einwanderung als wichtigstes Problem. Im EU-Durchschnitt äußerten 40 Prozent diese Sorge⁷, obwohl in den letzten Jahren ein Rückgang der Migration zu beobachten war. Eine Studie des European Council on Foreign Relations legte dann auch den Schluss nahe, dass globale und nationale Orientierungen durchaus miteinander vereinbar sind. So glaubten drei Viertel der Bürger Europas, dass sich europäische und nationale Identität gegenseitig nicht ausschließen⁸.

Gegen einen Erdrutschsieg der "Rechtspopulisten" bei der angeblich bevorstehenden "Schicksalswahl" sprach eigentlich auch die Tatsache, dass sie in der 8. Wahlperiode des Europaparlaments 2014-19 zerstritten und politisch weithin wirkungslos auftraten. So war die Zahl der Delegierten der französischen FN⁹ von anfänglich 24 auf 15 (März 2019) geschrumpft¹⁰. Die britische UKIP zerlegte

1 "Ansturm der Populisten", in: Süddeutsche Zeitung v. 23./24.2.2019.

2 "Countdown", in: Süddeutsche Zeitung v. 5./6.1.2019.

3 Nr. 2 v. 5.1.2019, S. 76.

4 "Internationale Nationalisten", in: Der Tagesspiegel v. 10.4.2019.

5 <http://www.europarl.europa.eu/germany/de/presse-veranstaltungen/eurobarometer-september-2018> (24.4.2019).

6 Standard-Eurobarometer 90, Herbst 2018. Erste Ergebnisse: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Befragung: November 2018, S. 35. Im Internet: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/84932> (24.4.2019).

7 Ebd., S. 14.

8 Ivan Krastev/Mark Leonard/Susi Dennison: What Europeans Really Want: Five Myths Debunked, European Council on Foreign Relations: April 2019, S. 5. Im Internet: https://www.ecfr.eu/specials/what_europeans_really_want_five_myths_debunked.

9 Die vollständigen deutschen Bezeichnungen finden sich im Abkürzungsverzeichnis im Anhang.

10 Im Juni 2018 erfolgte die Umbenennung der FN (Nationale Front) in RN (Nationale Sammlungsbewegung).

sich sogar vollends von einst 24 Abgeordneten auf zuletzt (März 2019) ganze drei Abgeordnete. Im Januar 2019 schlossen sich dann acht ehemalige UKIP-Delegierte (darunter Nigel Farage) der Brexit-Partei an. Und von den anfangs sieben Parlamentsmitgliedern der deutschen AfD war am Ende nur noch eines übrig (Jörg Meuthen). Die 59 Abgeordneten rechtsextremer Parteien, die 2014 in das Europaparlament gewählt worden waren, verteilten sich damals auf drei Fraktionen (EKR, EFDD, ENF) oder blieben fraktionslos. Einer Untersuchung zufolge hielten sich bei nur 69 Prozent der Abstimmungen alle Mitglieder der genuin rechtsextremen ENF-Fraktion an die Fraktionsdisziplin. Bei den anderen Fraktionen sei das bis zu 90 Prozent der Fall gewesen¹¹.

Wie vor nahezu jeder Europawahl seit 1979 hatten auch diesmal wieder Gespräche über eine Kooperation der Rechtsaußenparteien im Wahlkampf und dann vor allem im künftigen Europaparlament stattgefunden. Die Zielvorstellung einer einheitlichen europäischen Rechten oder sogar einer "nationalistischen Internationale" wurde bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit formuliert und wird seither ständig beschworen. Bislang obsiegt aber zumeist die unterschiedlichen nationalen und ideologischen Sonderinteressen über die (vermeintlichen) Gemeinsamkeiten. Ob diesmal die Ablehnung der europäischen Integration, die Abwehr von Migration und "Islamisierung" und der Kampf gegen die angeblich machtbesessenen und volksfeindlichen politischen Eliten ein starkes Band für gemeinsames Handeln bilden, würde sich schon kurz nach den Wahlen bei der Fraktionsbildung erweisen.

Um das genaue Ergebnis der "rechtspopulistischen" Parteien bei den Europawahlen 2019 zu ermitteln, muss geklärt werden, welche der über 300 Parteien, die sich an den Wahlen beteiligt haben dürften, in die Analyse einbezogen werden sollen bzw. müssen. Der Begriff Rechtspopulismus ist für eine derartige Abgrenzung ungeeignet, wie ich im folgenden Kapitel begründen werde. Meine Analyse wird sich auf drei Parteitypen erstrecken, die gemeinsam den **rechten Rand** des europäischen Parteiwesens bilden: die rechtskonservativen Parteien, die gemäßigt rechtsextremen Parteien und die orthodox rechtsextremen Parteien. Diese Parteien werden hier insgesamt auch als **Rechtsaußenparteien** oder als **rechte Randparteien** bezeichnet.

Gemeinsam ist diesen drei Parteitypen, dass sie sich **gegen den Kernbestand des westlichen Wertehorizonts** richten, den Heinrich August Winkler so beschreibt: Es handele sich um die "Werte und Maßstäbe", die sich im "transatlantischen Westen" Europas "über Jahrhunderte hinweg entwickelt und in den amerikanischen und französischen Menschenrechtserklärungen des späten 18.

11 Der Spiegel, Nr. 2 v. 5.1.2019, S. 78.

Jahrhunderts ihren klassischen Ausdruck gefunden haben". Es geht also um den "universellen Geltungsanspruch der unveräußerlichen Menschenrechte"¹². Die drei Parteitypen am rechten politischen Rand unterscheiden sich vor allem **in der Vehemenz des Widerstands** gegen diesen Anspruch.

Dass diese drei Parteitypen zu einer gesonderten Klasse von Untersuchungsobjekten ("rechter Rand") zusammengefasst werden, ist aber nicht nur dadurch gerechtfertigt, dass sie in einem **engen ideologisch-politischen Verwandtschaftsverhältnis** stehen. Es bestehen auch **vielfältige politisch-praktische Beziehungen** bis hin zu institutionalisierten Kooperationen, vor allem zwischen den Rechtskonservativen und den gemäßigten Rechtsextremisten. Und es kommt vor, dass sich Parteien **von einem Typ zu einem anderen** entwickeln. Beispielsweise wandelte sich der 1988 gegründete, ursprünglich nationalliberale ungarische FIDESZ vom liberalen Konservatismus über den Rechtskonservatismus bis hin zum gemäßigten Rechtsextremismus.

Die Untersuchung wird sich auf drei Fragenkomplexe konzentrieren: auf die **Stärke** der rechten Randparteien, auf ihren möglichen **Einfluss** im Europaparlament und auf die **Veränderungen nach dem "Brexit"**.

Zunächst gehen wir folgenden Fragen nach: Wie haben die Rechtsaußenparteien in ihren Heimatländern abgeschnitten? Wie viele Rechtsaußenparteien aus welchen Ländern konnten Abgeordnete ins Europaparlament entsenden, über wie viele Sitze verfügen diese Parteien insgesamt? Welcher der drei Parteitypen ist dabei besonders erfolgreich? Gibt es bei den einzelnen Typen besonders mandatsstarke Parteien?

Für die Trendanalyse ist das Ergebnis von 2019 in Beziehung zu setzen mit den Ergebnissen der Europawahlen von 2014 und 2009 (zweite Osterweiterung der EU 2007): Haben wir es im Zeitverlauf, wie oft prognostiziert, tatsächlich mit einem Rechtstrend zu tun? Wie stark ist dieser Rechtstrend? Verstärkt er sich im Zeitverlauf oder nimmt er ab? Wer ist für diesen Rechtstrend verantwortlich und aus welchen Gründen: die rechtsextremen Hardliner, der "Rechtsextremismus light" oder die Rechtskonservativen? Oder alle gemeinsam? Weiterhin wäre zu fragen, ob der Rechtstrend eher von osteuropäischen Parteien oder von westeuropäischen Parteien ausgeht. Besteht ein Ost-West-Gegensatz?

12 Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart, München: Beck 2015, S. 12 f.

Da die Stärke der Parteien am rechten Rand nicht notwendigerweise identisch ist mit ihrem tatsächlichen Einfluss im Parlament, bezieht sich ein zweiter Fragenkomplex auf ihr mögliches politisches Gewicht: Werden sie einheitlich auftreten und eine gemeinsame Fraktion bilden oder verteilen sie sich (wie bisher auch) auf mehrere Fraktionen? Wie groß ist der Konsensbestand, welche Differenzen bestehen? Finden die Rechtsaußenparteien Bündnispartner z.B. im Bereich des etablierten Konservatismus? Könnten sie Kompromissbildungen im demokratischen Zentrum stören oder gar verhindern? Die Befunde dürften Hinweise darauf geben, wie gefährlich die Rechtsaußenparteien für die demokratische Willensbildung im Europaparlament und für die Weiterentwicklung der europäischen Integration tatsächlich sind.

Der dritte Fragenkomplex zielt auf die Auswirkungen des "Brexit". Mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union verringerte sich die Anzahl der Mandate des Europäischen Parlaments mit von 751 auf 705¹³, womit Veränderungen der Kräfteverhältnisse im Parlament zu erwarten waren. Zum einen würden die liberale Fraktion (RE), die grüne Fraktion (Grüne/EFA) und die sozialdemokratische Fraktion (S&D) mehrere Mandate verlieren, während die Christlich-Konservativen (EVP) mangels Repräsentanz im Königreich ungeschoren davonkommen könnten. Die Anzahl der Mandate der Parteien am rechten Rand würde sich um die Sitze der Brexit-Partei verringern. Zum anderen hatte das Europaparlament am 12. Juni 2018 den Beschluss des Europäischen Rates zur Neuverteilung der Parlamentssitze gebilligt: Von den 73 frei werdenden Sitzen sollten 46 für neue Mitgliedsländer in Reserve gehalten werden. Die restlichen 27 Sitze sollten auf 14 bis dahin leicht unterrepräsentierte EU-Länder verteilt werden¹⁴. Die künftigen Kräfteverhältnisse zwischen den Fraktionen im Parlament würden mithin auch davon abhängen, welchen Parteien die neu zu verteilenden Sitze zugewiesen werden. Für die hier im Zentrum des Interesses stehenden Rechtsaußenparteien stellte sich die Frage, wie sich ihre absolute und relative Stärke im Parlament darstellen wird. Da sie die Brexit-Verluste (immerhin 29 Mandate) kaum durch Neuzuteilungen würden ausgleichen können, dürften ihnen fortan weniger Mandate zur Verfügung stehen als zuvor. Da gleichzeitig aber die Gesamtzahl der Parlamentssitze sinkt, könnte der relative Mandatsanteil der Parteien am rechten Rand gleich bleiben oder vielleicht sogar zunehmen.

Alle das Europaparlament unmittelbar betreffenden Informationen beruhen – wenn nicht anders angegeben – auf dem Internetangebot des Parlaments:

13 Die bisherige und die künftige Verteilung der Sitze für die 28 bzw. 27 Mitgliedsstaaten gehen aus Tabelle A1 im Anhang hervor.

14 <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180607IPR05241/neue-sitzverteilung-im-parlament-nach-der-europawahl-2019> (27.1.2020). Siehe auch: Ramona Bloj/Eric Maurice: Getting Brexit done, a continuous process; <https://www.robert-schuman.eu/en/doc/questions-d-europe/qe-544-en.pdf> (28.1.2020).

<http://europarl.europa.eu/about-parliament/en/in-the-past/previous-elections>
<https://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2009.html>
<http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html>
<http://www.europarl.europa.eu/meps/de/home> [Stand: 27.3.2019]

Die Wahlergebnisse 2019 und die Zusammensetzung der Fraktionen des Europaparlaments wurde folgenden Internetseiten entnommen [Stand: 2.7.2019]:

<https://europawahlergebnis.eu/>
<https://www.europarl.europa.eu/election-results-2019/de>
<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20190612STO54311/eu-parlament-beginnt-neue-wahlperiode-mit-sieben-fraktionen>
<https://www.europarl.europa.eu/meps/de/home>

Für die Sitzverteilung nach dem Brexit wurden folgende Internetseiten ausgewertet:

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200130IPR71407/redistribution-of-seats-in-the-european-parliament-after-brexite> (11.2.2020)
<https://www.europarl.europa.eu/meps/de/home> [Stand: 13.2.2020¹⁵]

Wahlergebnisse in den Mitgliedsstaaten wurden auch folgender Internetseite entnommen:

<http://www.parties-and-elections.eu/> [Wolfram Nordsieck].

Die Informationen über die einzelnen Parteien entstammen langjährigen eigenen Vorarbeiten und den Veröffentlichungen anderer Autoren. Siehe dazu das Literaturverzeichnis im Anhang. Viele Angaben wurden auch durch Internetrecherchen ermittelt bzw. verifiziert.

Abschließend sei mir noch eine persönliche Bemerkung erlaubt: Mich hat irritiert und zur Durchführung der vorliegenden Untersuchung ermuntert, dass der enorme Wahlsieg der Rechtsaußenparteien in den öffentlichen Diskursen und auch in den Sozialwissenschaften kaum zur Kenntnis genommen und schon gar nicht problematisiert worden ist. Auch die etablierten Parteien haben nicht nach den Ursachen für ihre Integrationsdefizite und für die Erfolge der Rechtsaußenparteien gefragt sind routinemäßig zur Tagesordnung übergegangen. Dabei deutete sich schon im Juli 2019 bei der Besetzung des Parlamentspräsidenten und der Kommissionspräsidentin an, dass dieser Wahlsieg die Entscheidungsfindung in den Gremien der Europäischen Union beeinflussen und erhebliche Auswirkungen auf die politische Kultur in Europa haben wird.

15 Das Vereinigte Königreich ist zwar zum 31.1.2020 aus der Europäischen Union ausgetreten. Es dauerte allerdings noch längere Zeit, bis die 27 neuen Parlamentsmitglieder gemeldet, registriert und von den Fraktionen bestätigt wurden.

2. Begriffsbestimmungen

Wie bereits angedeutet, ist der Begriff Rechtspopulismus für eine differenzierte Parteientypologie ungeeignet. Dabei handelt es sich nämlich um einen vieldeutigen Begriff, der sich **nicht auf spezifische politische Ziele, sondern auf politische Kommunikationsformen** verschiedenster Akteure bezieht. Gemeint sind in der Regel demagogische Formen der Massenmobilisierung von charismatischen Führern, die sich auf die (vermeintlichen) Interessen der "kleinen Leute" berufen, an ihr Alltagsbewusstsein anknüpfen, Vorurteile verstärken, Gefahren überdramatisieren, Ängste schüren und sich selbst als Hoffnungsträger, als Retter aus der Not präsentieren. Derartige Methoden der Massenmobilisierung sind durchaus auch charakteristisch für weite Teile des Rechtsextremismus, aber sie sind es bereits seit der Entstehung des Rechtsextremismus Anfang des 20. Jahrhunderts. Daran ist nichts Neues und schon gar nichts Typisches für den zeitgenössischen Rechtsextremismus in Europa¹⁶.

Ungeeignet für eine Parteientypologie ist der Populismusbegriff zudem, weil sich die so charakterisierten Kommunikationsmethoden nicht nur beim Rechtsextremismus sondern auch bei anderen politischen Richtungen finden. Damit wird nicht nur die notwendige Differenzierung unterschiedlicher politischer Positionen verhindert sondern auch unterschlagen, dass es unter den "Rechtspopulisten" nur so von Rassisten und Nationalisten wimmelt. Mit der Bezeichnung Rechtspopulismus werden derartige Tendenzen verharmlost. Wer Parteien wie die AfD, die französische FN oder die österreichische FPÖ "populistisch nennt", so schrieb Franziska Augstein schon vor Jahren in der Süddeutschen Zeitung, "vermeidet die klare Beschreibung: Rassisten, Nationalisten"¹⁷. Und ihr Kollege Heribert Prantl forderte gerade erst: "Man muss damit aufhören, Extremisten als Populisten zu verniedlichen"¹⁸. **Das Konzept Rechtspopulismus liefert nicht nur keine zusätzlichen Einsichten für eine Parteientypologie, es verschleiert zudem die tatsächlichen Ziele dieser Parteien und trägt damit zu ihrer Verharmlosung bei.**

Ich klassifiziere Parteien nach politisch-programmatischen bzw. weltanschaulichen Merkmalen entlang der Links-Rechts-Achse. Dabei handelt es sich um eine Methode der Typenbildung, die seit der wissenschaftlichen Beschäftigung mit politischen Parteien in regem Gebrauch ist¹⁹. Ich unterscheide

16 Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, 3. akt. Aufl., Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung/Forum Berlin 2010, S. 27 f., 176 (library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf).- Daher tragen auch neuere Begrifflichkeiten wie "rechtsextremer Populismus", "populistischer Rechtsextremismus" oder "antimuslimischer Populismus" nicht zur Klarheit bei. Und auch die Sammelbezeichnung "populistische und rechtsextreme Parteien" ist irreführend, weil sie unterstellt, dass es sich dabei um zwei verschiedene Parteitypen handelt.

17 "Augsteins Welt. Rede und Gegenrede", in Süddeutsche Zeitung v. 3.6.2016.

18 "Der Faden", in: Süddeutsche Zeitung v. 12./13.1.2019.

19 Richard Stöss: Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden: Springer VS 2013, S. 564.

zunächst einmal zwischen dem demokratischen Zentrum, dem linken Rand und dem rechten Rand. Letzterer besteht aus den rechtskonservativen und den rechtsextremen Parteien. Während meiner langjährigen Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus hat es sich als nützlich erwiesen, hinsichtlich des Rechtsextremismus noch zwischen einem gemäßigtem und einem orthodoxem Rechtsextremismus zu unterscheiden.

Der rechte politische Rand wird oft auf den Rechtsextremismus reduziert, was methodisch problematisch und empirisch realitätsfern ist. Denn damit wird - im Sinne einer strengen binären Logik - dem demokratischen Spektrum ein (antidemokratischer) Rechtsextremismus gegenüber gestellt. Demokratie und Rechtsextremismus stehen danach in einem dichotomen und antithetischen Verhältnis: Entweder Demokratie oder Rechtsextremismus - Rechtsextremismus als Gegenteil von Demokratie. Nun sind sozialwissenschaftliche Beobachtungsobjekte (z.B. Parteien) nicht immer eindeutig entweder als demokratisch oder als rechtsextrem zu klassifizieren. Ein Klassifikationsschema muss auch Raum für Objekte bieten, die teilweise demokratisch und teilweise rechtsextrem sind. **Notwendig ist mithin eine für Mischformen zur Verfügung stehende dritte Kategorie**²⁰.

Auf der Links-Rechts-Achse ist diese dritte Kategorie zwischen dem, dem demokratischen Zentrum zuzuordnenden, Konservatismus und dem Rechtsextremismus angesiedelt. In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung zwischen einem **liberalen Konservatismus** und einem **illiberalen Konservatismus** hilfreich²¹. Letzterer ist nicht pauschal antidemokratisch, wohl aber **demokratiekritisch**. Er bewertet demokratische und emanzipatorische Entwicklungen als bedrohlich für die zu bewahrende bzw. zu stärkende Autorität eines möglichst autonomen Staates und will derartige Entwicklungen daher auf ein Minimum beschränken. Vor allem aber richtet er sich mit seinem weithin exklusiven Volksbegriff gegen die universalistische Wertetrias von "Freiheit - Gleichheit - Vielfalt", womit sich Brücken zum Rechtsextremismus ergeben. Diese Variante des Konservatismus bezeichne ich als **Rechtskonservatismus**. In Gebrauch dafür ist oft auch die Bezeichnung **Nationalkonservatismus**, die mir allerdings nur dann angebracht erscheint, wenn es vorrangig um Nationalismus geht und rassistische Vorstellungen nur am Rande eine Rolle spielen.

Für die Begriffsbestimmung ist weiterhin von Bedeutung, dass dem Konservatismus zumeist zwei verschiedene, aber doch eng miteinander verwobene Ziele zugeschrieben werden: Er vertritt "überzeitliche Wahrheiten und Werte ..., die es politisch zu bewahren, zu verwirklichen oder wiederherzustellen gilt", und er ist zugleich bemüht, "die Modalitäten des Wandels jedweder Ordnung gemäß

20 Vgl. dazu meine Anmerkungen zum "differenzierten Extremismusbegriff von Eckhard Jesse" in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.): Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden: Nomos 2013, S. 169-183.

21 Andreas Rödder: Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland, München: Beck 2019, S. 36.

konservativer Vorstellungen zu gestalten"²². Konservatismus ist also immer auch eine Reaktion auf unvermeidliche gesellschaftlich-politische Entwicklungen, mit denen er sich auseinandersetzen muss, sei es als liberaler, den Wandel moderierend gestaltender Konservatismus oder als illiberaler, reaktionärer und restaurativer Konservatismus. Die Janusköpfigkeit des Konservatismus kommt auch darin zum Ausdruck, dass er heute das verteidigt, was er gestern noch bekämpft hat, oder umgekehrt heute bekämpft, was er gestern noch verteidigt hat²³.

Die Notwendigkeit einer dritten Kategorie zwischen Demokratie und Rechtsextremismus ergibt sich auch aus der Tatsache, dass in der Realität Beobachtungsobjekte (hier Parteien) existieren, die sich eindeutig weder dem liberalen Konservatismus noch dem Rechtsextremismus zuordnen lassen. Als wohl bedeutendste rechtskonservative Partei der Bundesrepublik kann die Deutsche Partei (DP) bezeichnet werden, die im Deutschen Bundestag von 1949 bis 1961 und in einigen Landesparlamenten vertreten und von 1949 bis 1960 auch an der Bundesregierung beteiligt war (und formal noch bis 1980 existierte). In neuerer Zeit zählen zur Gruppe der rechtskonservativen Parteien unter anderem folgende Organisationen: Der Bund Freier Bürger (BFB), die STATT Partei in Hamburg, die dort vorübergehend sogar Sitz und Stimme in der Bürgerschaft und im Senat hatte, die sogenannte "Schill-Partei" (Partei Rechtsstaatlicher Offensive), die ebenfalls in Hamburg zeitweilig über Parlamentsmandate und Senatsposten verfügte, und schließlich die Bürger im Wut (BIW), die seit 2007 mit einem Vertreter in der Bremischen Bürgerschaft repräsentiert sind²⁴.

Auch diese wenigen Beispiele aus dem Bereich der deutschen Parteien verweisen auf die Notwendigkeit, zwischen dem liberalen Konservatismus und dem Rechtsextremismus (gewissermaßen zwischen CDU/CSU und NPD) eine dritte Kategorie, eben den Rechtskonservatismus, einzufügen.

Hier nun meine Definitionen:

- a) Der **rechte Rand** eines politischen Systems besteht aus dem Rechtsextremismus und dem Rechtskonservatismus.
- b) Beim **Rechtsextremismus** handelt es sich um völkischen Nationalismus im Denken und Handeln. Sein Ziel ist die ethnisch, kulturell und sozial möglichst homogene Volksgemeinschaft in einem hierarchisch strukturierten und autoritär verfassten Nationalstaat. Die völkische Komponente hebt die unbedingt zu bewahrenden ethnisch-kulturellen Besonderheiten des eigenen

22 Thomas Biebricher: Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus, Berlin: Matthes & Seitz 2018, S. 18 f.

23 Ebd., S. 38; Rödder (Anm. 21), S. 39.

24 Stöss (Anm. 19), S. 604 ff.; André Freudenberg: Freiheitlich-konservative Kleinparteien, Leipzig: Engelsdorfer Verlag 2009.

Volkes hervor und betont die Unterschiede zu anderen Völkern bzw. Kulturen. Die nationalistische Komponente erklärt nationale Identität zu einem übergeordneten Wert, die Wahrung und Stärkung des souveränen Nationalstaats zu einem übergeordneten politischen Ziel.

- c) Zwei Varianten sind zu unterscheiden: Der **gemäßigte Rechtsextremismus** will seine Forderungen innerhalb der bestehenden politischen Ordnung durchsetzen und grenzt sich (oft auch nur verbal oder halbherzig) vom historischen Faschismus ab. Der **orthodoxe Rechtsextremismus** bekennt sich offen zu seiner Systemfeindschaft, toleriert oder unterstützt sogar gewalttätiges Verhalten und bezieht sich mehr oder weniger stark auf historische Vorbilder²⁵.
- d) Der **Rechtskonservatismus** (oder auch Nationalkonservatismus) setzt sich für die Betonung bzw. Stärkung von traditionellen konservativen Werten ein. Er richtet sich zwar nicht generell gegen eine bestehende Verfassungsordnung, wohl aber gegen einzelne Grundprinzipien der Demokratie. Er grenzt sich (mehr oder weniger konsequent) gegenüber dem völkischen Nationalismus ab, setzt sich aber für einen starken und möglichst souveränen Nationalstaat und für die Betonung von nationaler, ethnischer und kultureller Identität ein. Er will aus seiner Sicht unerwünschte Demokratisierungs- und Liberalisierungstendenzen in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere Multikulturalität und europäische Integration, eindämmen oder sogar rückgängig machen und verspricht Ruhe, Ordnung und Sicherheit.
- e) Die **Übergänge** zwischen dem liberalen Konservatismus und dem Rechtskonservatismus, zwischen dem Rechtskonservatismus und dem gemäßigten Rechtsextremismus und schließlich zwischen dem gemäßigten und dem orthodoxen Rechtsextremismus sind fließend. Daher besteht bei der typologischen Einordnung der einzelnen Parteien ein gewisser subjektiver Spielraum.

25 Der hier dargelegte sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusbegriff unterscheidet sich deutlich vom amtlichen Extremismusbegriff, der im Kern auf Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes abzielt. Vgl. Stöss (Anm. 16), S. 10 ff.

3. Ergebnisse der erfolgreichen²⁶ Rechtsaußenparteien in ihren Heimatländern

Bevor in den folgenden Kapiteln das Ergebnis der Europawahlen auf EU-Ebene analysiert wird, werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die Resultate der rechten Randparteien **in ihren Heimatländern**, insoweit sie bei den Europawahlen 2019 Mandate erzielt haben (Tabelle A2 im Anhang). Dabei handelt es sich, wie im folgenden Kapitel ausführlich dargelegt werden wird, um 23 Parteien. Der Fokus der Analyse dieses Kapitels liegt also auf diesen 23 Parteien²⁷.

Die Stimmenanteile bewegen sich zwischen 52,1 Prozent (FIDESZ) und 4,2 Prozent (EL)²⁸. Um Vergleiche durchzuführen, werden Durchschnittswerte (arithmetische Mittel) gebildet. Im Schnitt erreichte jede der 23 Parteien 16,5 Prozent der Stimmen. Der Mittelwert für die sieben rechtskonservativen Parteien beträgt 18,7 Prozent, der für die 13 gemäßigt rechtsextremen Parteien 17,0 Prozent und der für die drei orthodoxen Parteien 9,3 Prozent. **Die rechtskonservativen Parteien schnitten also etwas besser ab als die gemäßigt rechtsextremen Parteien, während die orthodoxen nur eine Randexistenz fristen.** Beim West-Ost-Vergleich liegen die neun in Osteuropa angesiedelten Rechtsaußenparteien mit einem Durchschnittswert von 19,5 Prozent der Stimmen deutlich vor den 14 westeuropäischen Parteien, die durchschnittlich nur 14,6 Prozent der Stimmen erreichen. Mit Blick auf die nationalen Wahlergebnisse bei den letzten Europawahlen stießen die **osteuropäischen Rechtsaußenparteien also auf deutlich mehr Resonanz als die entsprechenden Parteien in Westeuropa.**

Vergleicht man die Europawahlergebnisse der 23 erfolgreichen Rechtsaußenparteien von 2019 mit ihren Ergebnissen bei den beiden vorangegangenen Europawahlen, dann haben wir es mit einer aufsteigenden Linie zu tun (Tabelle A3 im Anhang): Der Mittelwert betrug 2019 (wie gerade erwähnt) 16,5. 2014 erreichten diese Parteien – insoweit sie kandidiert haben - im Durchschnitt 14,6 Prozent und 2009 13,7 Prozent der Stimmen²⁹. Damit deutet sich im Zeitverlauf ein **Rechtstrend** an, der sich in den Analysen des folgenden Kapitels bestätigen wird. Dieser Rechtstrend speist sich aus teilweise bemerkenswerten Erfolgsketten:

- So verbesserte die polnische PiS ihre Europawahlergebnisse von 27,4 Prozent (2009) über 31,8 Prozent (2014) auf nunmehr 45,4 Prozent.

26 Nur Parteien die bei den Europawahlen 2019 Mandate errungen haben.

27 In den späteren Analysen werden auch die erfolgreichen Rechtsaußenparteien bei früheren Europawahlen berücksichtigt.

28 Die vollständigen deutschen Bezeichnungen finden sich im Abkürzungsverzeichnis im Anhang.

29 Dass 2014 nur 21 und 2009 nur 14 der 2019 erfolgreichen 23 Parteien kandidierten, wird bei der Berechnung des arithmetischen Mittels berücksichtigt. Die Mittelwerte sind also vergleichbar.

- Die lettische NA steigerte sich bei den drei Wahlen von 7,5 Prozent über 14,3 Prozent auf jetzt 16,4 Prozent.
- Bei den schwedischen SD betragen die entsprechenden Anteile 3,3 Prozent, 9,7 Prozent und nun 15,3 Prozent.
- Und auch die finnischen PS konnten leichte Zugewinne von 9,8 Prozent über 12,9 Prozent bis auf 13,8 Prozent verbuchen.
- Erwähnenswert sind auch die Erfolge von zwei weiteren Parteien, die 2009 noch gar nicht existierten. Die estnische EKRE steigerte sich von 4,0 Prozent bei den Wahlen 2014 auf nunmehr 12,7 Prozent und die slowakische L'SNS legte von 1,7 Prozent (2014) auf 12,1 Prozent (2019) zu.

Die Parteien am rechten Rand **haben bei den Europawahlen 2019 nur ein kleinwenig besser abgeschnitten als bei den letzten nationalen Parlamentswahlen**. Die Durchschnittswerte betragen 16,5 Prozent zu 16,1 Prozent (Tabelle A4 im Anhang). Die These, dass nicht-etablierte Parteien bei "Nebenwahlen" vergleichsweise gute Erfolgsaussichten haben, wird man in diesem Fall nicht als bestätigt ansehen wollen. Der Befund legt vielmehr nahe, dass die Unzufriedenheit mit den nationalen Verhältnissen in etwa genauso groß ist wie die mit denen auf der europäischen Ebene³⁰. In Osteuropa ist die allgemeine Unzufriedenheit (gemessen an den durchschnittlichen Stimmenanteilen) zwar größer als in Westeuropa, **auf eine besonders starke Europakritik deuten diese Daten jedoch nicht hin - weder in Osteuropa noch in Westeuropa**.

In einzelnen Fällen bestehen allerdings berichtenswerte Unterschiede hinsichtlich der Ergebnisse bei den Europawahlen und den letzten Wahlen zu den nationalen Parlamenten, aber sie folgen keinem einheitlichen Muster:

- Die italienische Lega³¹ erzielte bei den Parlamentswahlen 2013 als weithin oberitalienische Partei nur 4,1 Prozent der Stimmen, dehnte sich dann im Zuge der Flüchtlingskrise unter der Leitung von Matteo Salvini auf die Mitte und den Süden Italiens aus und erreichte bei den Parlamentswahlen 2018 17,4 Prozent. Gleichzeitig erlebte die 2009 entstandene M5S einen grandiosen Auftrieb: 2013 25,6 Prozent, 2018 32,7 Prozent. Beide Parteien bildeten 2018 eine Regierungskoalition. Nutznießerin war die Lega, die bei den Europawahlen 2019 stark zulegte (von 6,2% 2014 auf 34,3%), während sich die M5S mit dem Vorwurf konfrontiert sah, im Bündnis mit

30 Dies trifft auch zu, wenn Westeuropa und Osteuropa getrennt betrachtet werden.

31 Ursprünglich "Liga Nord" (LN), italienisch "Lega Nord". Die Partei bezeichnet sich seit 2013 zumeist nur noch als "[La] Lega". Sie beteiligte sich an der Parlamentswahl 2018 und bei den Europawahlen 2019 als "Lega" und firmiert unter dieser Bezeichnung auch im Internet.

der Lega ihre Gründungsprinzipien einer gegen das politische Establishment gerichteten demokratischen Bürgerbewegung aufgegeben zu haben. Nach Verlusten bei der Kommunalwahl landete sie bei der Europawahl nur noch bei 17,1 Prozent.

- Die österreichische FPÖ gewann bei der Nationalratswahl 1999 mit 26,9 Prozent ihr bislang bestes Wahlergebnis, wurde zweitstärkste Partei und bildete mit der ÖVP die Bundesregierung. Parteiinterne personelle und inhaltliche Probleme bzw. Unzulänglichkeiten führten bei den vorgezogenen Neuwahlen 2002 zum Absturz auf 10,0 Prozent. Nach der Abspaltung des BZÖ 2005 (das bis 2006 Koalitionspartner der ÖVP blieb) rekonsolidierte sich die Partei in der Opposition unter dem Vorsitz von Heinz-Christian Strache und erreichte bei der Nationalratswahl 2017 wieder 26,0 Prozent. In der neuerlichen ÖVP-FPÖ-Koalition wurde Strache Vizekanzler, musste dann aber wegen der "Ibiza-Affäre", die im Vorfeld der Europawahlen 2019 aufgedeckt wurde, als Vizekanzler und Parteiobmann zurücktreten. Das geringe Wahlergebnis der FPÖ von 17,2 Prozent dürfte gerade auch auf diesen Skandal zurückzuführen sein.
- In den Niederlanden erfuhr das erst 2016 entstandene FvD einen kometenhaften Aufstieg. Nach mageren 1,8 Prozent bei den Parlamentswahlen 2017 gewann es bei den Europawahlen 11,0 Prozent der Stimmen. Spiritus rector ist der Publizist Thierry Baudet, der eine im europäischen Rechtsextremismus einflussreiche Grundlegung des zeitgenössischen völkischen Nationalismus verfasst hat³². Politisch zeichnen sich Baudet und seine Mitstreiter durch einen betont rassistischen Populismus aus.
- Umgekehrt erging es der ungarischen Jobbik. Sie verzeichnete bei den Europawahlen 2009 und 2014 jeweils rund 15 Prozent und bei den nationalen Parlamentswahlen seit 2010 sogar Ergebnisse zwischen 17 und 20 Prozent, 2018 waren es 19,1 Prozent. Ein Jahr später erreichte die Partei bei den Europawahlen aber nur noch 6,4 Prozent. Diese Entwicklung lässt sich wie folgt erklären: Jobbik organisierte ursprünglich rechtsextreme Hardliner. Seit etwa 2014/15 begann der Parteivorsitzende Gábor Vona schrittweise einen etwas gemäßigeren Kurs zu fahren. So unterstützt er beispielsweise die Mitgliedschaft Ungarns in der EU und spricht sich für die Einführung des Euro aus. Dieser Kurswechsel stieß bei vielen Mitgliedern und Wählern auf heftige Kritik, zumal kaum noch Unterschiede zum FIDESZ erkennbar waren.

Es folgt ein **kurzes Fazit** dieses Kapitels:

- Bei den Europawahlen 2019 waren 23 Rechtsaußenparteien insofern erfolgreich, als sie in ihrem Heimatland die für die Zuweisung von Sitzen im Europaparlament erforderliche Hürde überwinden konnten.

- Hinsichtlich der durchschnittlichen Stimmenanteile in ihren Ländern erzielten die rechtskonservativen Parteien etwas bessere Ergebnisse als die gemäßigt rechtsextremen Parteien. Im Vergleich dazu war die Ausbeute der orthodox rechtsextremen Parteien sehr gering.
- In den osteuropäischen Staaten erzielten die Rechtsaußenparteien wesentlich bessere Resultate als in den Staaten Westeuropas.
- Die 23 erfolgreichen Parteien am rechten Rand konnten ihr durchschnittliches Wahlergebnis seit den Europawahlen 2009 kontinuierlich steigern. Das deutet auf einen allgemeinen Rechtstrend bei den Europawahlen hin.
- Die Stimmenanteile der erfolgreichen rechten Randparteien bei den Europawahlen 2019 unterscheiden sich im Schnitt kaum von den Ergebnissen dieser Parteien bei der letzten nationalen Parlamentswahl. Besondere Unzufriedenheit mit dem Zustand der Europäischen Union dürfte also nicht maßgeblich für die Wahlentscheidung zugunsten von rechtskonservativen und rechtsextremen Parteien bei den Europawahlen gewesen sein.

4. Mandate der Rechtsaußenparteien nach Parteitypen

Europawahlen finden bekanntlich nicht in der EU sondern in den einzelnen Mitgliedsstaaten statt. Parteien bzw. ihre Kandidaten bewerben sich für Sitze im Europaparlament nicht in der EU sondern in den einzelnen Ländern. Und jedes Land verfügt über ein eigenes Parteiensystem und ein eigenes Wahlrecht. Daher macht es auch keinen Sinn, das Ergebnis der einzelnen Parteien bezogen auf die in der EU insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen auszuweisen. Da sich an den Europawahlen 2019 mehr als 300 Parteien beteiligt haben dürften, wäre eine derartige Übersicht auch recht unhandlich. Weiterhin ist zu beachten, dass den Mitgliedsstaaten durch den Europäischen Rat nach dem Prinzip der "degressiven Proportionalität" eine bestimmte Anzahl von Parlamentsmandaten zugewiesen ist (Tabelle A1 im Anhang). Große Staaten erhalten mehr Mandate als kleine Staaten, aber kleine Staaten erhalten mehr Mandate pro Einwohner als große Staaten. So bekommt Deutschland pro 865.000 Einwohner einen Abgeordneten, Litauen einen pro 254.000 Einwohner. **Maßgeblich für das Wahlergebnis auf EU-Ebene sind daher nicht die Stimmenanteile der Parteien in ihren Heimatstaaten sondern die Anzahl der Sitze der einzelnen Parteien im Europaparlament.** Die Stimmenanteile der erfolgreichen Rechtsaußenparteien wurden (gewissermaßen nachrichtlich) im vorstehenden Kapitel behandelt. Die folgenden Analysen beziehen sich auf das eigentliche Ergebnis der Europawahlen, nämlich auf die Mandatsverteilung. **Wir betrachten zunächst das Ergebnis vom Mai 2019 und anschließend die Veränderungen infolge des Brexit.**

An den Wahlen zum Europaparlament haben sich 2019 insgesamt **23 Rechtsaußenparteien aus 19 von 28 Mitgliedsstaaten erfolgreich beteiligt.** Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Anzahl der Mandate für die drei Parteitypen und vergleicht die Ergebnisse mit denen von 2014 und 2009. Eine genaue Aufstellung der den drei Parteitypen zugeordneten einzelnen Parteien findet sich in den Tabellen A5, A6 und A7 im Anhang.

Bei den Europawahlen 2009 konnten die Parteien am rechten Rand insgesamt 51 Mandate erobern, 2014 waren es bereits 107, und 2019 betrug die Anzahl sogar 179. Bezogen auf die Zahl der Parlamentssitze insgesamt verdoppelte sich der Anteil der Rechtsaußenmandate 2014 von sieben auf 14 Prozent und wuchs dann 2019 nochmals um über die Hälfte auf nahezu 24 Prozent (Tabelle 2). **Knapp ein Viertel aller Abgeordneten des Europaparlaments waren nach der Wahl also dem Rechtskonservatismus oder dem Rechtsextremismus zuzurechnen.** Die ursprünglichen Vermutungen, dass wir uns auf einen deutlichen Rechtsrutsch einstellen müssen, haben sich mithin bestätigt. Spekulationen über "ein Drittel oder mehr" haben sich allerdings als stark übertrieben erwiesen. Am Wahlabend wurde die Lage zunächst unterschätzt: In der ARD hieß es beispielsweise, das "Lager der Rechtspopulisten und Nationalkonservativen" könne "bis zu 40 Mandate" erreichen.

Eine "neue große Fraktion der Rechtspopulisten" könnte sogar insgesamt 73 Abgeordnete umfassen³³.

Und auch die ersten Bewertungen des Wahlergebnisses an den Folgetagen fielen reichlich zurückhaltend aus: So hieß es beispielsweise in der "Süddeutschen Zeitung" vom 28. Mai: "Der befürchtete politische Erdbeben in Richtung der Nationalisten, Populisten und Euro-Skeptiker ist ausgeblieben. Doch haben sich die Parteien vom rechten Rand jetzt auch im EU-Parlament etabliert" (S.2). Der "blick nach rechts" veröffentlichte allerdings bereits zwei Tage nach der Wahl eine realistische Analyse: "Knapp 160 rechtspopulistische oder offen rechtsextremistische Abgeordnete werden in das neue Europaparlament einziehen."³⁴

**Tabelle 1:
Mandate der Parteien am rechten Rand
nach Parteitypen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
2009, 2014 und 2019 (jeweils zu Beginn der Wahlperiode)
sowie nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)**

Parteityp	2009	2014	2019	nach Brexit
gemäßigt rechtsextrem	26	52	86	90
orthodox rechtsextrem	10	7	7	7
rechtsextrem	36	59	93	97
rechtskonservativ	15	48	86	59
rechter Rand insgesamt	51	107	179	156
Anzahl der Parlamentsmandate insgesamt	736 ^{a)}	751	751	705

a) Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1.12.2009 erhöhte sich die Anzahl auf 751. Infolge von Übergangsbestimmungen betrug die Anzahl der Parlamentsmitglieder am Ende der Wahlperiode 764.

Folgende Überlegungen verdeutlichen die **tatsächliche Brisanz des Wahlausgangs**: Bei den Europawahlen 2019 verteilten sich die 751 Mandate auf 190 Parteien³⁵. Die 23 Rechtsaußenparteien

33 Zit. nach "Die neue Macht der Rechten in Straßburg", in: Der Tagesspiegel v. 27.5.2019.

34 Rainer Roeser: EU-Parlament: Salvini-Fraktion gestärkt, in: bnr.de v. 28.5.2019.

35 <http://www.europarl.europa.eu/news/de> (13.7.2019).

eroberten insgesamt 179 Sitze, also pro Partei im Durchschnitt acht Sitze. Auf die übrigen 167 Parteien entfielen 572 Sitze, also durchschnittlich 3,4 Sitze pro Partei, mithin rund halb so viele wie bei den Parteien am rechten Rand. Oder anders gerechnet: 12 Prozent der Parteien (die Rechtsaußenparteien) kontrollierten 24 Prozent der Sitze. **So gesehen waren die Parteien am rechten Rand doppelt so erfolgreich wie die übrigen Parteien.**

Da für einen Vergleich vorerst nur zwei Zeiträume zur Verfügung stehen, sollten daraus keine vorläufigen Schlüsse gezogen werden. Anzumerken ist gleichwohl, dass der **Zuwachs am rechten Rand rückläufig** war: Er betrug 2009-2014 rund 100 Prozent, 2014-2019 aber nur noch 67 Prozent - obwohl die "Flüchtlingskrise" in der zweiten Phase stattfand.

Nun zu den Ergebnissen der drei Parteitypen:

Die rechtsextremen Parteien konnten im Zeitverlauf deutliche Gewinne verbuchen: Verfügten sie 2009 noch über 36 Sitze, so waren es 2014 bereits 59 und 2019 sogar 93. Der Mandatsanteil nahm von fünf Prozent über acht Prozent auf gut 12 Prozent zu (Tabelle 2).

Dabei spielte der **orthodoxe Rechtsextremismus** nur eine **marginale Rolle**. Die bulgarische Ataka, die britische BNP, die deutsche NPD und die rumänische PRM sind heuer nicht mehr vertreten, und die ungarische Jobbik hat sich von einer orthodoxen zu einer gemäßigt rechtsextremen Partei gewandelt, angeblich, weil rechts von dem FIDESZ für andere Parteien keine Wähler mehr zu mobilisieren seien³⁶. Der orthodoxe Rechtsextremismus hat offenbar keinerlei Erfolgchancen im Wettbewerb mit gemäßigt rechtsextremen oder rechtskonservativen Parteien. Eine Ausnahme bildet die griechische XA, die wieder vertreten ist, wenn auch nur mit zwei Sitzen, aber doch mit einem mehr als die rechtskonservative griechische EL. Dem 2016 entstandenen niederländischen FvD des neurechten völkisch-nationalistischen Theoretikers Thierry Baudet war es sogar gelungen, die seit 2006 bestehende und einflussreiche gemäßigt rechtsextreme PVV von Geert Wilders aus dem Feld zu schlagen. Die PVV hatte bei den nationalen Parlamentswahlen 2017 noch 20 Mandate erreicht und war bei den Europawahlen 2009 und 2014 mit jeweils vier Mandaten erfolgreich (Tabellen A6 und A7 im Anhang).

36 "Auf vermintem Feld", in: Süddeutsche Zeitung v. 13./14.1.2018.

**Tabelle 2:
Anzahl und Anteil der Mandate der Parteien am rechten Rand
nach Parteitypen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
2009, 2014 und 2019 (jeweils zu Beginn der Wahlperiode)
sowie nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)**

	2009	2014	2019	nach Brexit
Anzahl der Mandate rechtsextremer Parteien	36	59	93	97
Anzahl der Mandate rechtskonservativer Parteien	15	48	86	59
Anzahl der Mandate am rechten Rand	51	107	179	156
Anzahl der Parlamentsmandate insgesamt	736^{a)}	751	751	705
Anteil der rechtsextremen Mandate	4,9	7,9	12,4	13,8
Anteil der rechtskonservativen Mandate	2,0	6,4	11,5	8,4
Anteil der Mandate am rechten Rand	6,9	14,2	23,8	22,1

a) Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1.12.2009 erhöhte sich die Anzahl auf 751. Infolge von Übergangsbestimmungen betrug die Anzahl der Parlamentsmitglieder am Ende der Wahlperiode 764.

Zugelegt hat der **gemäßigte Rechtsextremismus** von 26 Mandaten 2009, über 52 Mandate 2014 auf 86 Mandate 2019. Maßgeblich für den neuerlichen Mandatsauftrieb dieses Parteityps waren vor allem folgende Entwicklungen (Tabelle A6 im Anhang):

- Der ungarische FIDESZ von Viktor Orbán musste ab 2015/16 entsprechend der Begriffsbestimmungen in Kapitel 2 von rechtskonservativ auf gemäßigt rechtsextrem hoch gestuft werden und ist hier nun mit 13 Mandaten vertreten.
- Die italienische LN/Lega des Matteo Salvini steigerte sich von fünf auf 28 Sitze und wurde damit stärkste gemäßigt rechtsextreme Partei im Europaparlament.

- Die französische FN bzw. RN von Marine Le Pen war noch 2014 mit 24 Mandaten die dominierende Partei dieses Typs, brachte es nun aber nur noch auf 22 Abgeordnete.
- Unverändert oder mit leichten Zugewinnen schnitten folgende "Leichtgewichte" ab: die finnischen PS, die schwedischen SD, die belgischen VB³⁷ und die bulgarische VMRO.
- Neu hinzugekommen mit einzelnen Mandaten sind die estländische EKRE, die ungarische Jobbik und die tschechische SPD.
- Einige Parteien mussten gegenüber 2014 aber auch Verluste hinnehmen, wie die dänische DF³⁸ und die österreichische FPÖ, oder waren nicht mehr vertreten, wie der polnische KNP bzw. die KORWiN des Janusz Korwin-Mikke und die niederländische PVV.

Nun zu den **rechtskonservativen Parteien**:

Die Anzahl ihrer Abgeordneten wuchs von 15 (2009) über 48 (2014) auf 86 (2019). Dass sich die Zahl der Mandate im Zeitraum 2009-2014 mehr als verdreifachte, lag daran, dass bei den ersten Europawahlen keine rechtskonservativen Erfolge zu verzeichnen waren. **Aussichtsreiche rechtskonservative Bestrebungen setzten mit unbedeutenden Ausnahmen erst mit der Kritik am Vertrag von Maastricht ein.**

Die 1993 entstandene britische UKIP, die den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU forderte, scheiterte zunächst bei den Europawahlen 1994 (1,0%), brachte es dann aber 1999 auf drei und 2004 auf 12 Sitze. Bei den Europawahlen 2009 zog neben der UKIP (13 Mandate) auch die litauische TT (2 Mandate) in das Parlament ein. 2014 steigerte sich die UKIP auf 24 Mandate, hinzu trat der FIDESZ mit 12 Sitzen, der für den Zeitraum von 2011/12 bis 2015/16 als rechtskonservativ eingestuft wird. An dritter Stelle rangierte die deutsche AfD³⁹ mit sieben Mandaten.

Bei den Wahlen 2019 gewannen die rechtskonservativen Parteien gegenüber der Vorwahl 38 Mandate hinzu und besetzten damit 11,5 Prozent der Sitze im Europaparlament. Folgende Entwicklungen seien hervorgehoben (Tabelle A5 im Anhang):

37 Die VB verbesserte sich bei den Europawahlen von einem auf drei Mandate und steigerte sich bei den gleichzeitig stattfindenden nationalen Parlamentswahlen von 3,7% auf 12,0%, was einen Zugewinn von 15 Sitzen bedeutete.

38 Bei den nationalen Parlamentswahlen Anfang Juni 2019 musste die DF ebenfalls herbe Verluste hinnehmen. Sie stürzte von 21,1% (2015) auf 8,7% ab, womit ihr nur noch 16 der ehemals 37 Mandate verblieben.

39 Nach den hier geltenden Kriterien handelt es sich bei der AfD mehrheitlich immer noch um eine rechtskonservative Partei. Sie verfügt allerdings über einen einflussreichen rechtsextremen Flügel. Da dieser zunehmend an Bedeutung gewinnt, muss die Partei wohl bald nach "gemäßigt rechtsextrem" hoch gestuft werden.

- Anstelle der implodierten britischen UKIP gewann die BP des Nigel Farage 29 Mandate.
- Auf 26 Mandate brachte es die polnische PiS, die entsprechend der hier zugrunde liegenden Definition ab 2015 als rechtskonservativ klassifiziert wird.
- Weitere 14 Sitze erreichte die italienische M5S, die spätestens seit 2018 als rechtskonservativ bewertet werden muss.
- Es folgt die deutsche AfD mit elf Parlamentsmitgliedern.
- Weitere Mandate gingen an die griechische EL, die lettische NA und die spanische VOX.
- Nicht mehr vertreten sind die griechische ANEL, die tschechische SSO/Svobodni und die litauische TT.

Die folgende Tabelle 3 enthält einen Vergleich der Mandatsgewinne der 14 westeuropäischen und der neun osteuropäischen Rechtsaußenparteien:

Bei den Wahlen 2019 dominierten die rechten Randparteien aus dem Westen mit 128 Mandaten gegenüber 51 Mandaten für die entsprechenden Ostparteien. Das gilt sowohl für den Rechtsextremismus (70 zu 23 Mandate) als auch für den Rechtskonservatismus (58 zu 28 Mandate). Allerdings sind bei den Westeuropäern die Rechtsextremisten etwas stärker vertreten als die Rechtskonservativen (70 zu 58 Mandate), während bei den Osteuropäern ein leichtes Übergewicht der Rechtskonservativen besteht (28 zu 23 Mandate).

Bei der Berechnung der Mandatsanteile (Tabelle 4) für den Ost-West-Vergleich ist folgendes zu berücksichtigen: Den 12 osteuropäischen Mitgliedsstaaten standen im Europaparlament bis zum Brexit insgesamt 212 Sitze zu, den 16 westeuropäischen Staaten dagegen 539. Entscheidend ist mithin, welchen Anteil davon die Rechtsaußenparteien in ihrem Einzugsbereich besetzen. Im Ergebnis erweisen sich die Verhältnisse bei den letzten Europawahlen in beiden Wahlgebieten als ausgeglichen: Die Parteien am rechten Rand eroberten jeweils etwa ein Viertel der für sie erreichbaren Mandate. So gesehen waren sie in ihren Gebieten gleichermaßen erfolgreich. Dabei ist allerdings folgendes zu bedenken:

Wegen des spezifischen Wahlverfahrens in der EU ist für das Wahlergebnis ausschließlich die Anzahl bzw. der Anteil der Mandate im Europaparlament maßgeblich⁴⁰. Wenn osteuropäische und

40 Wegen des erwähnten Prinzips der "degressiven Proportionalität" weichen Mandatsanteile erheblich von Stimmenanteilen ab. So erzielten die Parteien am rechten Rand bei den Europawahlen 2019 im Durchschnitt 16,5 Prozent der Stimmen (Tabelle A2 im Anhang) aber 23,8 Prozent der Mandate (Tabelle 2).

westeuropäische Rechtsaußenparteien in ihren Wahlgebieten jeweils identische Mandatsanteile erzielen, ergibt sich daraus keineswegs ein Gleichstand im Europaparlament. Denn die beiden Wahlgebiete unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Größe und der jeweils zu verteilenden Parlamentssitze. Daher verfügen die westeuropäischen Randparteien über wesentlich mehr Abgeordnete als die osteuropäischen Randparteien. Auch aus diesem Grund könnte die **Konsensbildung am rechten Rand des Europaparlaments erheblich erschwert** sein.

**Tabelle 3:
Mandate der Parteien am rechten Rand
nach Parteitypen jeweils für West- und Osteuropa^{a)}
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
2014 und 2019 (jeweils zu Beginn der Wahlperiode)
sowie nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)**

Parteityp	Region	2014	2019	nach Brexit
gemäßigt rechtsextrem	Westeuropa	44	65	69
	Osteuropa	8	21	21
orthodox rechtsextrem	Westeuropa	4	5	5
	Osteuropa	3	2	2
rechtskonservativ	Westeuropa	32	58	30
	Osteuropa	16	28	29
rechter Rand insgesamt	Westeuropa	80	128	104
	Osteuropa	27	51	52

a) EU 28 bzw. 27. Osteuropa: EU-Erweiterungen 2004, 2007, 2013 mit Finnland aber ohne Malta und Zypern.

Die Dominanz der rechtskonservativen und rechtsextremen Westparteien im Parlament bedeutet allerdings nicht, dass diese bei der Wählermobilisierung erfolgreicher waren als die entsprechenden Ostparteien. Ich erinnere daran, dass der Vergleich der durchschnittlichen Stimmenanteile der Rechtsaußenparteien in ihren Heimatländern (s. oben Kapitel 3) ergeben hat, dass in Osteuropa

wesentlich bessere Resultate erzielt worden sind als in Westeuropa (19,5% zu 14,6%). **Die osteuropäischen Wähler haben sich damit als deutlich anfälliger für rechtskonservative bzw. rechtsextreme Angebote erwiesen als die westeuropäischen Wähler.**

**Tabelle 4:
Mandatsanteile^{a)} der Parteien am rechten Rand
nach Parteitypen jeweils für West- und Osteuropa^{b)}
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
2014 und 2019 (jeweils zu Beginn der Wahlperiode)
sowie nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)**

Parteityp	Region	2014	2019	nach Brexit
gemäßigt rechtsextrem	Westeuropa	8,2	12,1	14,2
	Osteuropa	3,8	9,9	9,6
orthodox rechtsextrem	Westeuropa	0,7	0,9	1,0
	Osteuropa	1,4	0,9	0,9
rechtskonservativ	Westeuropa	5,9	10,8	6,2
	Osteuropa	7,5	13,2	13,3
rechter Rand insgesamt	Westeuropa	14,8	23,7	21,4
	Osteuropa	12,7	24,1	23,8

a) Prozentuierungsbasis ist die Summe der Parlamentsmandate, die von den westeuropäischen (N=539; nach Brexit N=487) bzw. osteuropäischen (N=212; nach Brexit N=218) Mitgliedsstaaten zu besetzen sind.

b) EU 28 bzw. 27. Osteuropa: EU-Erweiterungen 2004, 2007, 2013 mit Finnland aber ohne Malta und Zypern.

Mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU haben sich folgende Veränderungen ergeben:

Die Anzahl der Parlamentssitze wurde wie erwähnt von 751 auf 705 reduziert. Von den 73 frei gewordenen Sitzen bleiben 46 in Reserve und 27 wurden 14 Mitgliedsstaaten zugewiesen (Tabelle A1 im Anhang). Von diesen 27 Sitzen fielen sieben an die Rechtsaußenparteien⁴¹.

Die Rechtsaußenparteien sind von 179 auf 156 Mandate geschrumpft. Verantwortlich dafür ist der rechtskonservative Bereich, der durch den Abgang der britischen BP ein Drittel seiner Abgeordneten verloren hat und nun praktisch nur noch aus der polnischen PiS, der italienischen M5S und der deutschen AfD besteht. Dagegen konnte der gemäßigte Rechtsextremismus sogar noch vier Mandate hinzugewinnen: je eines für die italienischen FDI, die französische RN und die italienische Lega. Das vierte Mandat ging an die niederländische PVV, die damit doch noch im Europaparlament vertreten ist (Tabelle 1, Tabellen A5 u. A6 im Anhang). Da die Gesamtzahl der Sitze im Europaparlament von 751 auf 705 abgenommen hat, konnte der Rechtsextremismus seinen Mandatsanteil von 12,4 Prozent auf 13,8 Prozent steigern. Der Anteil aller Rechtsaußenparteien ist allerdings von 23,8 Prozent auf 22 Prozent gesunken (Tabelle 2). Die Dominanz der westeuropäischen Randparteien ist durch den Brexit zwar etwas geringer geworden, sie beträgt jetzt nur noch 104 Mandate zu 52 Mandaten (Tabelle 3), aber sie besteht fort.

Es folgt ein **kurzes Fazit** dieses Kapitels:

- Bei den Europawahlen im Mai 2019 erzielten 23 Parteien am rechten Rand aus 19 Mitgliedsstaaten 179 Mandate. Sie belegten damit 24 Prozent der Sitze im Europaparlament gegenüber 14 Prozent bei den Wahlen 2014 und sieben Prozent bei den Wahlen 2009. Nach dem Brexit verfügen die 23⁴² rechten Randparteien nur noch über 156 Mandate, was aber immer noch 22 Prozent, also mehr als ein Fünftel aller Mandate des Europaparlaments bedeutet.
- Im Schnitt haben die Rechtsaußenparteien bei den letzten Europawahlen doppelt so viele Mandate erobert wie die übrigen Parteien.
- Wir haben es im Zeitverlauf mit einem deutlichen Rechtstrend zu tun. Der Zuwachs ist in der 8. Wahlperiode (2014-19) im Vergleich zur 7. Wahlperiode (2009-14) allerdings rückläufig.
- Bei den ersten Europawahlen bestand der rechte Rand nur aus rechtsextremen Parteien. Mit der Bildung der Europäischen Union 1992 blühte langsam ein rechtskonservativer Sektor auf, der erstmalig 2014 nahezu genauso viele Mandate eroberte wie der Rechtsextremismus (48 zu 59). Auch 2019 lagen beide Typen zunächst mit 86 zu 93 Mandaten gleichauf. Nach dem Brexit sind die Rechtsextremisten mit 97 zu 59 Abgeordneten deutlich in der Vorhand.

41 2 Sitze an die rechtskonservativen, 4 Sitze an die gemäßigt rechtsextremen und 1 Sitz an die orthodox rechtsextremen Parteien. Die Veränderungen ergeben sich aus den Tabellen A5, A6 und A7 im Anhang.

42 Ausgeschlossen ist die britische BP, dafür ist die niederländische PVV hinzugekommen.

- Innerhalb des Rechtsextremismus ist die orthodoxe Variante nahezu bedeutungslos. Beim gemäßigten Rechtsextremismus sind drei Parteien von Gewicht (Lega, RN, FIDESZ). Im Mai 2019 zählten sie zusammen 63 der 86 Abgeordneten, nach dem Brexit waren es 65 der 90 Abgeordneten.
- Von den anfangs 86 rechtskonservativen Mandaten wurden 80 von vier Parteien gestellt (BP, PiS, M5S, AfD). Mit dem Ausscheiden der britischen BP verfügen die restlichen drei Parteien noch über 52 der 59 rechtskonservativen Mandate.
- Von den im Mai 2019 erfolgreichen insgesamt 23 Parteien am rechten Rand waren mithin nur sieben wirklich bedeutsam. Sie verfügten zusammen über 143 Mandate, also 80 Prozent der Rechtsaußensitze. Nach dem Brexit sind nur noch sechs der 23 Rechtsaußenparteien mit 117 Abgeordneten von besonderem Gewicht, was einen Anteil von 75 Prozent ausmacht.
- Im Europaparlament sitzen wesentlich mehr Rechtsaußenabgeordnete aus Westeuropa als aus Osteuropa. Die Differenz ist zwar mit dem Brexit etwas geringer geworden, dennoch wird der rechte Rand des Europaparlaments nach wie vor von Westeuropäern beherrscht.
- Beim Wahlverhalten neigen die Osteuropäer allerdings wesentlich stärker zu rechtskonservativen oder rechtsextremen Angeboten als die Westeuropäer.
- Mit dem Brexit musste der rechte Rand im Europaparlament einige Federn lassen. Gleichzeitig hat sich allerdings eine Gewichtsverlagerung hin zum (gemäßigten) Rechtsextremismus ergeben.

Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung geben Auskunft über die Mandatsstärke der Rechtsaußenparteien im Europaparlament. Seit der ersten Direktwahl 1979 haben sie kontinuierlich an Stärke gewonnen und bei den letzten Wahlen 2019 einen spektakulären Erfolg erzielt. Nun stellt sich die Frage, ob sie diesen Erfolg auch in politischen Einfluss umsetzen können. Diese Frage lässt sich abschließend erst am Ende der Wahlperiode beantworten, allerdings kann jetzt schon untersucht werden, ob wichtige Erfolgsbedingungen gegeben sind, wie beispielsweise das einheitliche Auftreten während des Wahlkampfes, die Harmonisierung der Ziele der unterschiedlichen Parteitypen, die Überwindung des Ost-West-Gefälles, die Bildung einer gemeinsamen Fraktion oder die relative Position bezogen auf die Stärkeverhältnisse der übrigen Gruppierungen im Parlament. Dies wird Gegenstand des 6. Kapitels sein. Im folgenden Kapitel geht es zunächst um die Ursachen für die Erfolge der rechtskonservativen und rechtsextremen Parteien in Europa und um ihre Entwicklungsperspektiven.

5. Möglichkeiten und Grenzen der Parteien am rechten Rand

Da Europawahlen in den Mitgliedsstaaten stattfinden, hängen Gewinne und Verluste der einzelnen Parteien in erster Linie von den nationalen Wettbewerbsbedingungen ab. Die aufgezeigten europaweiten Trends unterstützen allerdings die These, dass neben den spezifischen nationalen Determinanten des Wahlverhaltens auch **supranationale**, also allgemein gültige Bedingungen existieren, die die Erfolgsaussichten der Parteien beeinflussen. Diese Bedingungen sollen nun betrachtet werden. Dabei ist zwischen sozioökonomischen Entwicklungen und ihren Auswirkungen auf die politische Sphäre zu unterscheiden.

a) Zu den sozioökonomischen Entwicklungen

Die sich gegenwärtig vollziehenden und durch die Digitalisierung noch beschleunigten Globalisierungsprozesse haben ähnliche Auswirkungen wie die Industrialisierung im 19. Jahrhundert, nämlich fast schon **revolutionäre Veränderungen der ökonomisch-sozialen und der politisch-kulturellen Verhältnisse**.

Die Globalisierung bietet nicht nur viele Chancen sondern produziert auch erhebliche Risiken. Die Bürger nutzen die Vorteile der Globalisierung zwar intensiv, bezweifeln aber immer öfter, dass die Politik noch fähig (oder gar willens) ist, sie vor unerwünschten Begleiterscheinungen der Globalisierung, wie Armut und Arbeitslosigkeit, Abbau von Rechten und Standards, Immigration, Kriminalität und Terrorismus effektiv zu schützen. Existenzängste der Bürger erwachsen zudem aus den verschärften Wettbewerbsbedingungen globalisierter Arbeitsmärkte. Und selbst auf den zumeist angespannten Wohnungsmärkten konkurrieren Einheimische mit zugewanderten Bewerbern um bezahlbare Angebote. Weil mit der Globalisierung auch ein Bedeutungsverlust von nationalen oder regionalen Traditionen und Gebräuchen verbunden sein kann, werden kulturelle Angleichungstendenzen und damit Identitätsverluste befürchtet.

Bei der Globalisierung handelt es sich mithin um einen **widersprüchlichen Vorgang**: Einerseits gewährleistet sie nicht nur für die Wirtschaft sondern auch für die Menschen ein enormes Ausmaß an Freiheiten und Entwicklungschancen. Andererseits wächst aber auch das Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit, nach Gerechtigkeit, nach Geborgenheit und Orientierung, nach nationaler oder kultureller Identität. Dabei greift die Auffassung Platz, dass dies nur durch einen souveränen, nach innen und außen starken (National-) Staat gewährleistet werden kann, durch einen Staat, der die "wirklichen Interessen" des Volkes vertritt, der für Ruhe und Ordnung sorgt, den Einfluss fremder Kulturen abwehrt, internationale Verpflichtungen bzw. Abhängigkeiten reduziert und als schädlich empfundene gesellschaftspolitische Reformen zurücknimmt.

Mit anderen Worten: **Die gewonnene Freiheit erzeugt das Bedürfnis nach Sicherheit, nach Schutzräumen und Traditionen, nach Heimat.** Diese Bedürfnisse werden – je nach dem Ausmaß von Verdrossenheit und Frustration - von den rechtskonservativen oder von den rechtsextremen Parteien befriedigt. Die wachsende Anhängerschar der Parteien am rechten Rand erwartet keine elaborierten Konzepte zur Lösung der Probleme. Rechtskonservative und rechtsextreme Parteien sind schon dann erfolgreich, wenn sie populistisch auftreten, den Status quo heftig kritisieren und als Allheilmittel die Rückkehr zum souveränen und volksgemeinschaftlichen Nationalstaat propagieren. Kurz: **Die Globalisierung begünstigt den Auftrieb der Parteien am rechten Rand.**

b) Zu den politischen Bedingungen

Die Globalisierung produziert allerdings nicht nur Risiken, sie bietet auch Chancen. Daher sind die **Erfolgsaussichten der Rechtsaußenparteien begrenzt.** Sie hängen vom Zustand der politischen Kultur, der Verarbeitung der Probleme durch die Bürger und von den politischen Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ab.

Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass die Einstellungen der Europäer zur EU ambivalent ausfallen: Es gibt viel Zufriedenheit, es bestehen aber auch Unsicherheiten und Ängste. Eine 2016 durchgeführte Untersuchung in den 28 Mitgliedsstaaten der EU ergab, dass 55 Prozent der Befragten die Globalisierung als eine Chance begreifen, aber 45 Prozent in der Globalisierung eine Bedrohung sehen⁴³.

Dass die Rechtsaußenparteien von diesen Sorgen profitieren, liegt auch daran, dass es **an einer politisch-programmatischen Alternative seitens der europäischen Linksparteien mangelt.** Vor allem die Sozialdemokraten haben in den vergangenen zwanzig Jahren in den EU-Mitgliedsstaaten erheblich an Einfluss verloren. Große Teile der enttäuschten (ehemaligen) Stammwählerschaft der Linksparteien betrachten sich schließlich als Modernisierungs- oder Globalisierungsverlierer und vermissen ein überzeugendes Kontrastprogramm zur turbokapitalistischen Globalisierung, ein Programm, das gerade auch die Risiken der Globalisierung durch die Regulierung der Märkte, durch die effektive Besteuerung von internationalen Konzernen, durch die Einführung von Mindeststandards und durch die Gewährleistung von Gerechtigkeit und sozialer wie innerer Sicherheit abmildert.

43 Catherine de Vries/Isabell Hoffmann: Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum, Eupinions 2016/3, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung November 2016. Im Internet: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/-EZ_eupinions_Fear_Studie_2016_DT.pdf.

Aber auch die etablierten konservativen Parteien gerieten mit der Vertiefung der europäischen Union unter Globalisierungsdruck. Mit dem Vertrag von Maastricht verloren sie teilweise an Integrationskraft und es entstanden rechts davon neue Parteien oder sie selbst rückten gegebenenfalls ein Stückweit nach rechts. Dadurch erwuchs dem Rechtsextremismus eine bedrohliche Konkurrenz. Bis zu den Europawahlen 2009 wurde der rechte Rand nahezu vollständig vom Rechtsextremismus beherrscht, 2014 eroberten rechtskonservative Parteien dann aber fast genauso viele Mandate wie die rechtsextremen Parteien (48 zu 59). Dass beide Formationen 2019 grosso modo gleichermaßen zulegen (Verhältnis nun 86 zu 93 Mandate), dass der Rechtskonservatismus den Rechtsextremismus also nicht überholte, lag vor allem daran, **dass sich viele rechtsextreme Parteien etwas "entradikalisierten"**. Da der orthodoxe Rechtsextremismus bedeutungslos und keine ernsthafte Konkurrenz für den gemäßigten Rechtsextremismus darstellt, rivalisiert dieser vorrangig mit dem expandierenden Rechtskonservatismus um weithin dasselbe Wählerpotenzial, das durchaus auch über ambivalente Einstellungen zur europäischen Integration verfügt. Viele rechtsextreme Parteien verzichteten daher offiziell auf fundamentaloppositionelle Positionen gegenüber der EU (und teilweise auch gegenüber der Euro-Zone) und konzentrierten ihre Forderungen auf einen Rückbau der EU zu einem Bündnis von unabhängigen Nationalstaaten, die allenfalls in einer Wirtschaftsunion miteinander verbunden sind. Mit dem Brexit verlor der Rechtskonservatismus etwa ein Drittel seiner Abgeordneten, womit der gemäßigte Rechtsextremismus wieder zur stärksten Kraft am rechten Rand wurde.

Allerdings sind im Zusammenhang mit der gewachsenen Flüchtlingsproblematik - gerade auch im Vorfeld der letzten Europawahlen - **breite öffentliche Diskurse** über das Verhältnis von Diversität und Homogenität, von Universalismus und Nationalismus, von Multikulturalität und Leitkultur geführt worden, die sich auch häufig in **proeuropäischen Manifestationen** oder praktischen Maßnahmen wie Flüchtlingsarbeit oder Seenotrettung niedergeschlagen haben. Besonders aktiv waren zivilgesellschaftliche Initiativen und grün-alternative Bewegungen und Parteien. Und auch das abschreckende Beispiel, das die britischen Konservativen mit ihrem Brexit boten, dürfte dazu beigetragen haben, dass die Erfolge der rechten Randparteien nicht noch größer ausgefallen sind. Dass der Mandatszuwachs der Parteien am rechten Rand für den Zeitraum 2014-2019 im Vergleich zum Zeitraum 2009-2014 rückläufig ist, könnte auch daran liegen, dass der Migrationsdruck teilweise durch **bürgerschaftliches Engagement** absorbiert worden ist und im Übrigen in den letzten Jahren auch nachgelassen hat.

Über die besondere Anfälligkeit der Bevölkerung **Osteuropas** für völkischen Nationalismus ist häufig spekuliert worden⁴⁴. Schließlich sind mit der Auflösung des Sowjetimperiums und den Systemwechseln in Osteuropa auch dort rechtsextreme Strukturen entstanden. Auch in Osteuropa gedeihen mittlerweile nationalistische, rassistische und antisemitische Einstellungen, auch dort agieren faschistische, nationalistische und separatistische Subkulturen, Bewegungen und Organisationen. Allerdings bestehen **qualitative Unterschiede zwischen den Rechtsextremismen in West und Ost**.

Während der westliche Rechtsextremismus eine Begleiterscheinung des Systemwandels von Industriegesellschaften zu postindustriellen Gesellschaften (Globalisierung, Digitalisierung etc.) darstellt, erwächst der östliche Rechtsextremismus aus dem **Systemwechsel vom Staatssozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft**. In Westeuropa sind die Nationalstaaten (mit wenigen Ausnahmen) seit langem auf demokratischer Grundlage konsolidiert. Dagegen ist die Nationalstaatsbildung in Osteuropa noch nicht überall abgeschlossen, es mangelt häufig noch an konsensualen Vorstellungen hinsichtlich der nationalen Identität und an einer breiten Mittelschicht, die als sozialer Träger demokratischer Strukturen und Kulturen fungieren könnte. Der osteuropäische Rechtsextremismus speist sich vor allem aus ungelösten bzw. als ungelöst empfundenen nationalen Problemen sowie aus einer - zumeist historisch bzw. kulturell fundierten - antiwestlichen Grundhaltung und wendet sich vor allem gegen Richtung, Geschwindigkeit, Akteure und Profiteure des Systemwechsels. Als vorrangig wird die Konsolidierung des Bestehenden betrachtet. Zudem gerieten die Staaten Osteuropas mit dem ökonomischen Systemwechsel, der für sich genommen bereits einen epochalen Umbruch bedeutete, auch **in den Sog der Globalisierung**. Sie beschleunigt die soziale Differenzierung, vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich und verstärkt die absolute Deprivation großer Teile der Bevölkerung. **Diese doppelte Umbruchsituation könnte erklären, warum die Rechtsaußenparteien im Osteuropa bei den Europawahlen 2019 höhere Stimmenanteile erzielten als in Westeuropa**.

Die Globalisierung bietet aber auch – nicht zuletzt durch die Mitgliedschaft in der EU - **enorme ökonomisch-soziale und politisch-kulturelle Chancen**. Ich habe am Anfang des ersten Kapitels Umfragedaten erwähnt, die trotz mancher Kritik auf eine insgesamt positive Einstellung zur EU hindeuten. Die Überzeugung, dass sich nationale und europäische Identität nicht ausschließen, existiert im Osten wie im Westen. So vertreten beispielsweise über 60 Prozent der Ungarn, über 50 Prozent der Rumänen und Polen und noch über 40 Prozent der Tschechen und Slowaken die Auffassung, dass ihnen ihre europäische Identität genauso wichtig ist wie ihre nationale Identität⁴⁵. Es spricht

44 "Myth 4: The dividing line in Europe is between east and west. The truth: East and west are not homogeneous, and there are important differences between, and within, north and south." Krastev/Leonard/Denison (Anm. 8), S. 14.

45 Ebda, S. 5.

also einiges dafür, dass die Einstellungen zur EU im Osten genauso ambivalent ausfallen wie im Westen: Einerseits sehnt man sich nach Stabilität, Solidarität, Gemeinschaft und Sicherheit, andererseits strebt man nach Freiheit, Selbstverwirklichung, Individualismus und Fortschritt. Dies könnte erklären, **warum die Wahlentscheidung in Osteuropa zugunsten von rechten Randparteien bei den Europawahlen 2019 keine explizit antieuropäische Stoßrichtung erkennen ließ.**

Ausblick:

Mit der Globalisierung sind enorme Risiken verbunden, die Unsicherheit und Unzufriedenheit erzeugen und damit den Auftrieb der Parteien am rechten Rand begünstigen. Die Globalisierung bietet allerdings auch Chancen und begrenzt damit die Erfolgsaussichten von rechtskonservativen und rechtsextremen Parteien. Die Erfolgsaussichten hängen auch von den Wettbewerbssituationen der nationalen Parteiensysteme ab, also auch davon, ob es den etablierten politischen Kräften gelingt, unerwünschte Begleiterscheinungen der Globalisierung abzufangen oder wenigstens doch abzumildern. Gegenwärtig gibt es Anzeichen dafür, dass die Parteien am rechten Rand den Zenit ihrer Entwicklung erreicht haben könnten:

So glauben Wirtschaftswissenschaftler, dass die "Phase der Hyperglobalisierung" (Sebastian Dullien) bald beendet sein wird⁴⁶. Die Globalisierung werde sich wegen der zunehmenden staatlichen Interventionen künftig etwas moderater und sozialkonformer entwickeln und etwas mehr Rücksicht auf Verlierer nehmen. Angesichts der weltweiten nationalistischen Tendenzen entfalten sich überall gegenläufige politische Bestrebungen und zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich zur Lösung von globalen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Problemen für Multilateralismus, internationale Verantwortlichkeit und Solidarität, für inklusive weltwirtschaftliche Beziehungen und für kulturelle Vielfalt einsetzen und die politischen Eliten dadurch unter Druck setzen.

Die rechtskonservativen und rechtsextremen Parteien bringen die Unzufriedenheit und die Frustration der Menschen, die sich durch die Globalisierung verunsichert, bedroht oder benachteiligt fühlen, in der politischen Sphäre zum Ausdruck. Das tun sie mit ihrem Nationalismus, mit ihrem exkludierenden Volksbegriff und mit ihrem populistischen Auftreten durchaus erfolgreich. Gegenwärtig sind jedoch kaum Anzeichen dafür zu beobachten, dass die allgemeine Unzufriedenheit weiter anwächst. Vielmehr scheinen sich die öffentlichen Diskurse verstärkt den Fragen zuzuwenden, die sich auf die Lösung der drängenden globalen Probleme beziehen. Und dafür haben die Parteien am rechten Rand keine Antworten.

46 "Verrückte Weltwirtschaft", in: Süddeutsche Zeitung v. 18./19.1.2020.

6. Rechtsaußenparteien und Fraktionsbildung

Als maßgebliches *politisches* Ergebnis von Europawahlen gilt gemeinhin die Stärke der Fraktionen, zu denen sich die gewählten Abgeordneten im Europaparlament zusammenfinden. Wenn dabei auch politisch-strategische Aspekte eine Rolle spielen, bilden sich die Fraktionen weithin nach ideologischen bzw. weltanschaulichen Gesichtspunkten. Der potenzielle Einfluss der Rechtsaußenparteien in Europa hängt daher auch davon ab, ob es gelingt, eine **möglichst breite Fraktion** zu bilden. Dies war in der Vergangenheit allerdings nur ausnahmsweise der Fall.

a) *Zur bisherigen Entwicklung der rechtsextremen Parteien im Europaparlament*

Die Geschichte der extremen Rechten im Europaparlament zeigt zweierlei: **Zum einen hat ihre Präsenz seit 1979 stark zugenommen, zum anderen haben die von den rechtsextremen Parteien vertretenen nationalen und ideologischen Sonderinteressen eine Zusammenarbeit enorm erschwert.**

Die Anzahl der Mandate rechtsextremer Parteien ist von 1979 bis 2019 von sechs auf 93 angewachsen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass das Parlament 1979 über nur 410 Sitze verfügte und ihre Zahl bis 2019 auf 751 gestiegen ist, wird man ohne Übertreibung sogar von einem **dramatischen Rechtstrend** sprechen können. (Mit dem Brexit sind sogar noch vier Mandate hinzugekommen.) Aber dieser Rechtstrend hat sich – jedenfalls bis zum Ende der vergangenen Wahlperiode - kaum in einer entsprechenden Machtentfaltung niedergeschlagen. Die extreme Rechte konnte sich in den bisherigen acht Wahlperioden nur ausnahmsweise auf eine gemeinsame Fraktion verständigen, und wenn es zu einer Fraktionsbildung kam, waren keineswegs alle potenziellen Partner beteiligt.

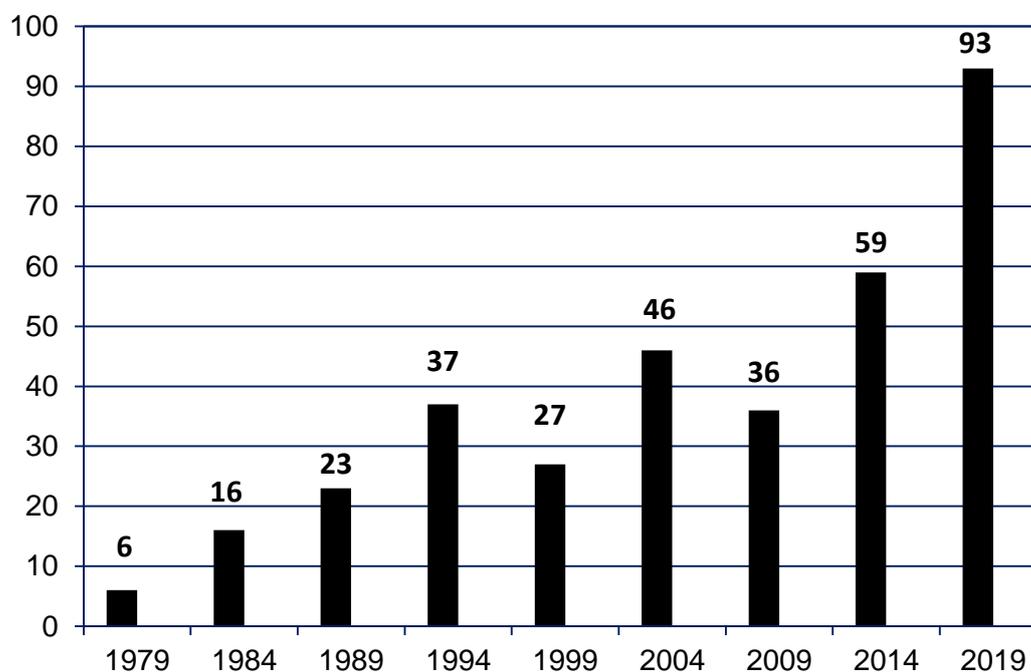
Hier nun ein Abriss der Fraktionsbildungen seit 1979 (in Klammern die Anzahl der Mandate):

- 1979-84: keine Fraktion.
- 1984-89: **Fraktion der europäischen Rechten**: FN (10), MSI (5), EPEN (1).
- 1989-94: **Technische Fraktion der europäischen Rechten**⁴⁷ (keine Verbindlichkeit, kein Fraktionszwang): FN (10), REP (6), VB (1).
- 1994-99 und 1999-04: keine Fraktion.
- In der Periode 2004-09 existierte von Januar bis November 2007 die **Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS)** mit 23 Deputierten aus sieben Ländern: VB (3), Ataka (3), FN (7), AS

47 Die MSI war wegen eines Konflikts über die Südtirol-Frage (deutsch oder italienisch?) nicht beteiligt.

(1), MSFT (1), FPÖ (1), PRM (5) sowie zwei parteiungebundene Personen aus Großbritannien und Rumänien. Als sich die Abgeordnete der neofaschistischen italienischen AS, Alessandra Mussolini (eine Enkelin des Duce), in diskriminierender Weise über die rumänischen Roma in Italien äußerte, verließen die fünf Delegierten der rumänischen PRM die Fraktion, die damit nicht mehr die damaligen Mindestbedingungen (20 Abgeordnete aus sechs Mitgliedsstaaten) erfüllte.

**Mandate rechtsextremer Parteien
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
1979-2019^{a)}**
(jeweils zu Beginn der Wahlperiode)



a) Mit dem Brexit erhöhte sich die Anzahl auf 97.

- 2009-14: keine Fraktion.
- 2014-19: Dass zunächst keine Fraktion gebildet werden konnte, hatte verschiedene Ursachen: Vor allem war es den in der EKR-Fraktion versammelten Konservativen gelungen, zwei Parteien aus dem Bereich des gemäßigten Rechtsextremismus, nämlich die dänische DF und die finnische PS, in ihren Verbund zu integrieren. Und die rechtsextreme schwedische SD schloss sich zunächst der Fraktion EFDD an. Dass Vertreter des gemäßigten Rechtsextremismus nicht mit Parteien des orthodoxen Rechtsextremismus kooperieren wollten, spielte dagegen eine nachgeordnete Rolle. Wichtiger war wohl, dass es unter den verbliebenen Kandidaten für eine ge-

meinsame Fraktion auch personelle Differenzen gab. So erklärte Geert Wilders (PVV), eine Zusammenarbeit mit dem polnischen KNP sei ihm wegen homophober, antisemitischer und frauenfeindlicher Positionen des eigenwilligen Parteichefs Janusz Korwin-Mikke nicht möglich gewesen. Die kooperationswilligen fünf gemäßigt rechtsextremen Parteien FN (20), FPÖ (4), LN (5), PVV (4) und VB (1) verfügten zwar über genügend Abgeordnete (34) für die Bildung einer Fraktion⁴⁸, notwendig waren aber Abgeordnete aus sieben Ländern. Als sich auch die beiden verbliebenen Delegierten des polnischen KNP⁴⁹, die für die britische UKIP gewählte Abgeordnete Janice Atkinson und der für die rumänische PC gewählte ehemalige Sozialdemokrat Constantin-Laurentiu Rebeaga anschlossen, konnte am 15. Juni 2015 die **Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)** gegründet werden. Sie bestand zunächst aus 38 Mitgliedern, im Juni 2016 trat noch Marcus Pretzell von der deutschen AfD bei⁵⁰.

b) Bemühungen vor den Europawahlen 2019

Wie bereits erwähnt fanden auch im Vorfeld der Europawahlen 2019 diverse Treffen von Vertretern verschiedener rechtsextremer und rechtskonservativer Parteien statt. Besonders häufig unterwegs waren Marine Le Pen (RN), Matteo Salvini (Lega) und Jörg Meuthen (AfD), besonders gefragte Gesprächspartner waren Jaroslaw Kaczyński (PiS) und Viktor Orbán (FIDESZ). Beide Parteien, die polnische PiS und der ungarische FIDESZ, haben in der Vergangenheit einen ideologisch-programmatischen Wandel nach rechts vollzogen: die 2001 entstandene PiS vom liberalen Konservatismus zum Rechtskonservatismus, der 1988 gegründete FIDESZ vom Nationalliberalismus über Konservatismus und Rechtskonservatismus hin zum gemäßigten Rechtsextremismus. Beide Parteien gehörten zwar in der abgelaufenen Wahlperiode zentristischen Fraktionen an, die PiS der EKR und der FIDESZ der EVP (seit März 2019 allerdings suspendiert), zählen mittlerweile aber politisch-ideologisch zum Rechtsaußenspektrum und stellen daher besonders attraktive Partner für ein breites nationalistisches Bündnis im neugewählten EU-Parlament dar.

Von den vielen Vorbereitungstreffen und -veranstaltungen seien hier zwei besonders erwähnt. Beide fanden in Mailand statt. Am 8. April 2019 trafen sich auf Einladung von Salvini Vertreter der deutschen AfD, der dänischen DF und der finnischen PS zur Gründung einer Allianz für das künftige Europaparlament. Die Tagung wurde als "Initialzündung" für die Bildung einer großen Rechten aus Rechtskonservativen und Rechtsextremisten ausgegeben, die auch die vielen nicht anwesenden

48 Eine Fraktion besteht seit der Geschäftsordnung von 2009 aus mindestens 25 Abgeordneten aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten.

49 Korwin-Mikke hatte den KNP inzwischen verlassen und blieb im Europaparlament fraktionslos. Er gab sein Mandat im März 2018 auf.

50 Pretzell verließ die AfD im Oktober 2017 und schloss sich der "Blauen Partei" von Frauke Petry an. Diese Partei beteiligte sich nicht an den Europawahlen 2019.

"Amici" einschließen sollte. Die Schwergewichte aus FIDESZ, FPÖ, PiS und RN waren allerdings nicht vertreten. Nachgerade beschwörend betonten die Redner in Mailand, dass die europäischen Nationalisten zur Zusammenarbeit gezwungen seien, um Europa endlich grundlegend zu reformieren und zu einer Festung gegen unerwünschte Zuwanderung auszubauen⁵¹.

Am 18. Mai sollte dann, wiederum auf Initiative von Salvini, das Gipfeltreffen der Rechtsaußenparteien stattfinden, gewissermaßen als Höhepunkt und Abschluss der Wahlkampagne. Anstelle der erwarteten 100.000 Anhänger versammelten sich nach Medienangaben⁵² auf dem Domplatz gerade einmal 20.000 Personen. Vertreten waren neben der Lega immerhin elf Parteien⁵³:

- die deutsche AfD (Jörg Meuthen),
- die dänische DF,
- die estnische EKRE,
- die österreichische FPÖ,
- die finnischen PS,
- die niederländische PVV (Geert Wilders),
- die französische RN (Marine Le Pen),
- die tschechische SPD,
- die slowakische SR,
- die belgische VB und schließlich
- die bulgarische Wolja.

Nicht anwesend waren auf dieser "grandiosen Großveranstaltung" (Meuthen) wiederum Repräsentanten der Regierungsparteien FIDESZ und PiS, vor allem aber fehlte Heinz-Christian Strache, der gerade in Wien infolge von "Ibizagate" als FPÖ-Obmann und als österreichischer Vizekanzler zurücktrat. Charakteristisch für den Zustand des Kooperationsprojekts "nationalistische Internationale" war die Tatsache, dass die Reden der Parteivertreter auf dem Domplatz von einem Pult aus gehalten wurden, auf dem "Prima L'Italia" stand⁵⁴. So darf es auch nicht verwundern, dass sich nicht einmal das Mailänder Parteienbündnis – geschweige denn die Rechtsaußenparteien insgesamt – mit einem gemeinsamen Programm an den Europawahlen beteiligten.

51 "Im Nationalismus vereint", in: Der Tagesspiegel v. 9.4.2019; "Bündnis mit Hindernissen", in: Süddeutsche Zeitung v. 9.4.2019.

52 "Gipfel ohne Strache", in: Süddeutsche Zeitung v. 20.5.2019.

53 Rainer Roeser: "Ibizagate" stiehlt Rechtspopulisten die Show, in: bnr.de v. 21.5.2019.

54 "Gipfel ohne Strache", in: Süddeutsche Zeitung v. 20.5.2019.

c) *Fraktionsbildungen unmittelbar nach den Wahlen*

Am 13. Juni 2019 wurde auf einer Pressekonferenz die Fraktion **Identität und Demokratie (ID)** vorgestellt, die tags zuvor gegründet worden war. Beteiligt waren **neun Parteien aus neun Mitgliedsstaaten mit zusammen 73 Mandaten** (Tabelle 5). Es handelte sich im Wesentlichen um die 12 Teilnehmer des Mailänder Parteienbündnisses vom Mai 2019. Allerdings waren die PVV, die SR und die Wolja an der Sperrklausel ihres Landes gescheitert.

**Tabelle 5:
Die Fraktion Identität und Demokratie (ID) im Europäischen Parlament:
Parteien, Heimatstaat, Mandate 2019 und 2014^{a)}
sowie Fraktionszugehörigkeit 2014-19**

Partei	Staat	Mandate 2019	Mandate 2014 ^{b)}	Fraktion 2014-19
Lega/LN	Italien	28	5	ENF
RN/FN	Frankreich	22	24	ENF
AfD	Deutschland	11	7	EKR ^{c)}
FPÖ	Österreich	3	4	ENF
VB	Belgien	3	1	ENF
PS	Finnland	2	2	EKR
SPD	Tschechien	2	neu	-
DF	Dänemark	1	4	EKR
EKRE	Estland	1	neu	-

a) Jeweils zu Beginn der Wahlperiode.

b) Aufgeführt sind nur die Mandate der Parteien der ID-Fraktion zu Beginn der Legislaturperiode.

c) Am Ende der Wahlperiode: 5 EKR (alle nicht mehr Mitglied der AfD), 1 EFDD (Meuthen), 1 ENF (Pretzell, nicht mehr Mitglied der AfD).

Die Fraktion stellt de facto die **Nachfolge der ENF-Fraktion** dar. Denn bei den maßgeblichen Parteien handelt es sich nach wie vor um die Lega, die RN, die FPÖ und die VB. Die ID-Fraktion wird von Westeuropäern beherrscht, aus Osteuropa stammen nur fünf Fraktionsmitglieder. Der neue Name ist Teil der bereits erwähnten Strategie der "Entradikalisierung" des Rechtsextremismus: Die

Fraktion setzt sich nicht für die Zerschlagung sondern für die Reform der EU im Sinne eines Europas der Vaterländer ein⁵⁵.

Acht der neun ID-Parteien sind dem gemäßigten Rechtsextremismus zuzurechnen, allein die mehrheitlich noch rechtskonservative AfD stellt eine Ausnahme dar. Sie toleriert jedoch einen starken und einflussreichen rechtsextremen Flügel in ihren Reihen und dürfte sich daher in weltanschaulicher Hinsicht kaum als Störenfried im Kreis der gemäßigten Rechtsextremisten erweisen. Nun schließt eine gemeinsame Weltanschauung Differenzen in Sachfragen keineswegs aus. Erste **Meinungsverschiedenheiten** waren bereits auf der Pressekonferenz am 13. Juni 2019 in Sachen Haushaltsdisziplin sichtbar geworden: Während sich der ID-Vorsitzende Marco Zanni (Lega) für nationale Autonomie in der Finanzpolitik aussprach, forderte der PS-Vorsitzende Jussi Halla-aho eine stärkere zentrale Haushaltsüberwachung⁵⁶.

Tabelle 6:
Mandate der Fraktion Identität und Demokratie (ID)
im Europäischen Parlament
nach den Wahlen 2019 und nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)

Partei	Staat	Mai 2019	nach Brexit
Lega/LN	Italien	28	29
RN/FN	Frankreich	22	23
AfD	Deutschland	11	11
FPÖ	Österreich	3	3
VB	Belgien	3	3
PS	Finnland	2	2
SPD	Tschechien	2	2
DF	Dänemark	1	1
EKRE	Estland	1	1
PVV	Niederlande	-	1
Insgesamt		73	76

55 Statement von Jörg Meuthen auf der ID-Pressekonferenz am 13.6.2019; im Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=awIzN5aE7r0> (15.6.2019).

56 "Neue Fraktion im Europaparlament: Gebündelte Kräfte von Rechtsaußen", tagesschau.de v. 13.6.2019, 17:21 Uhr.

Von den insgesamt 179 Abgeordneten am rechten Rand gehörten der ID-Fraktion knapp die Hälfte an, nämlich 41 Prozent. Von den 13 erfolgreichen gemäßigt rechtsextremen Parteien (Tabelle A6 im Anhang) mochten sich fünf nicht der ID-Fraktion anschließen: Viktor Orbán brachte seine 13 FIDESZ-Abgeordneten wieder bei der EVP unter, die italienischen FDI (5 Mandate), die schwedischen SD (3 Mandate) und die bulgarische VMRO (2 Mandate) traten der EKR-Gruppe bei, und der Abgeordnete der ungarischen Jobbik blieb fraktionslos (Stand 2.7.2019). Nach Medienberichten hatte sich Matteo Salvini besonders um eine Zusammenarbeit mit Orbán bemüht, der sich bei der EVP aber bessere Einflussmöglichkeiten ausgerechnet haben soll⁵⁷.

**Tabelle 7:
Mandate der Fraktion
Europäische Konservative und Reformen (EKR)
im Europäischen Parlament
nach den Wahlen 2019 und nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)**

Partei	Staat	Mai 2019	nach Brexit
PiS	Polen	26	27 ^{b)}
FDI	Italien	5	6
FvD	Niederlande	3	3
SD	Schweden	3	3
VOX	Spanien	3	4
NA	Lettland	2	2
VMRO	Bulgarien	2	2
EL	Griechenland	1	1
Sonstige ^{a)}		17	13
Insgesamt		62	61

- a) Weder rechtskonservativ noch rechtsextrem.
b) Darunter zwei SP-Mitglieder.

Von den sieben erfolgreichen rechtskonservativen Parteien (Tabelle A5 im Anhang) wandte sich nur eine der ID-Fraktion zu, die deutsche AfD. Nigel Farage blieb mit seinen 29 BP-Mitstreitern fraktionslos, ebenso die 14 italienischen M5S-Abgeordneten. Der **EKR-Fraktion** traten die polnische PiS

⁵⁷ "Zurück zur Mitte. Ungarns Premier Orbán will nun offenbar doch gerne in der EVP bleiben", in: Süddeutsche Zeitung v. 5.6.2019; "Haltlos in Brüssel. Italiens Regierungsparteien suchen verzweifelt nach Verbündeten im Europaparlament", in: Süddeutsche Zeitung v. 11.6.2019.- Die FIDESZ-Abgeordneten sind zwar wieder Mitglied der EVP, aber weiterhin suspendiert (z.B. keine Teilnahme an EVP-Sitzungen).

(26 Mandate), die spanische VOX (3 Mandate), die lettische NA (2 Mandate) und die griechische EL (1 Mandat) bei. Dass sich die PiS nicht der ID-Fraktion angeschlossen hat, wurde in den Medien mit der "Russland-Nähe von AfD und RN" erklärt. So habe sich der AfD-Chef Jörg Meuthen auf der Pressekonferenz am 13. Juni 2019 gegen Sanktionen gegen Russland ausgesprochen, wobei er ausdrücklich von Marine Le Pen unterstützt worden sei⁵⁸. Und Farage wurde vermutlich vom völkischen Nationalismus der ID-Gruppierung abgestoßen. Schließlich war er im Dezember 2018 wegen zunehmender rechtsextremer bzw. rassistischer Tendenzen aus "seiner" UKIP ausgetreten und hatte sich dann der im Januar 2019 gegründeten BP angeschlossen. Im März 2019 erzwang er den Rücktritt der ersten BP-Vorsitzenden Catherine Blaiklock wegen islamfeindlicher Aussagen und übernahm selbst den Parteivorsitz.

Insgesamt verteilten sich die 179 Abgeordneten der 23 Rechtsaußenparteien zu Beginn der 9. Wahlperiode auf drei Fraktionen (und auf die Gruppe der Fraktionslosen). Bei den Wahlen 2014 hatten die 20 rechten Randparteien nur 107 Sitze erreicht, die sogar über vier Fraktionen streuten (Tabelle 8). Die nicht mehr existierende **EFDD-Fraktion** zählte in der 8. Wahlperiode bis zu 48 Mitglieder aus bis zu neun Mitgliedsstaaten. Darunter befanden sich anfangs 30 Abgeordnete von rechten Randparteien, vor allem Abgeordnete der britischen UKIP und der italienischen M5S. Nach den Wahlen im Mai 2019 hätten nur noch die BP und die M5S die EFDD-Tradition fortsetzen können, womit die Bedingungen für die Bildung einer Fraktion (Anm. 48) jedoch nicht erfüllt gewesen wären. Zur konstituierenden Sitzung des Europaparlaments am 2. Juli 2019 meldeten sich die Abgeordneten beider Parteien fraktionslos.

Das **Endergebnis der Europawahlen 2019** ist bekannt (Tabelle 9): Im Vergleich zu den Wahlen von 2014 waren die Sozialdemokraten (S&D) und die Christlich-Konservativen (EVP) die großen Verlierer. Verluste mussten auch die Linken (GUE/NGL) und die EKR hinnehmen. Großer Gewinner waren die Liberalen (ALDE bzw. RE⁵⁹), aber auch die Grünen/EFA konnten deutlich zulegen. Die **ID-Fraktion** erreichte mit 73 Mandaten in dem nur noch sieben Fraktionen umfassenden Parlament zwar nur den fünften Platz nach den Grünen. Gegenüber ihrer Stärke im Gründungsjahr 2015 (38 Mandate) konnte sie ihr Ergebnis jedoch nahezu verdoppeln und erreichte damit sogar einen besseren relativen Zuwachs als die Liberalen. **So gesehen gehörte die ID-Fraktion durchaus zu den Gewinnern der Wahlen.**

58 "Neue Fraktion im Europaparlament" (Anm. 56); "Identität und Demokratie": Skurriles Bündnis gegen EU: Neue Rechtsfraktion im Europaparlament", handelsblatt.com v.13.6.2019, 17:01 Uhr.

59 Die Fraktion ALDE heißt seit Juni 2019 Europas Erneuerung (Renew Europe, RE).

Tabelle 8:
Anzahl der Parteien und der Mandate am rechten Rand
nach Fraktionen im Europäischen Parlament 2014 und 2019
(jeweils zu Beginn der Wahlperiode)
sowie nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)

Fraktionen		2014	2019	nach Brexit
EVP	Parteien	1	1 ^{c)}	1 ^{c)}
	Mandate	12	13	13
EKR	Parteien	6	8 ^{d)}	8 ^{d)}
	Mandate	17	45	48
EFDD	Parteien	5	-	-
	Mandate	30	-	-
ENF ^{a)} bzw. ID	Parteien	6	9 ^{e)}	10 ^{e)}
	Mandate	38	73	76
Fraktionslos	Parteien	4	5 ^{f)}	4 ^{h)}
	Mandate	8	48	19
Summe Parteien		20 ^{b)}	23	23
Summe Mandate		105 ^{g)}	179	156

- a) Die Fraktion ENF wurde erst im Juni 2015 mit 38 Abgeordneten gegründet.
b) Die vier Delegierten des polnischen KNP teilten sich gleich zu Beginn der Wahlperiode wie folgt auf: EFDD 1, ENF 2, fraktionslos 1. Daher addieren sich die Zahlen für die Parteien in der Tabelle auf 22.
c) FIDESZ.
d) Siehe Tabelle 7.
e) Siehe Tabellen 5, 6.
f) BP, Jobbik, L'SNS, M5S, XA.
g) Die tatsächliche Anzahl der Mandate am rechten Rand betrug 107 (Tabelle 1). Die Zahl 105 erklärt sich daraus, dass die ENF-Fraktion zu Beginn der Wahlperiode noch gar nicht existierte. Damals zählte die FN 24 Abgeordnete (Tabellen 5, A6 im Anhang). An der ENF-Fraktionsgründung beteiligten sich davon aber nur 20, dafür aber zusätzlich zwei Einzelpersonen (s. oben Kapitel 6a).
h) Jobbik, L'SNS, M5S, XA.

Lesebeispiel: Nach den Wahlen zum Europaparlament 2014 schlossen sich sechs Rechtsaußenparteien mit insgesamt 17 Mandaten der Fraktion EKR an. 2019 taten das acht Parteien mit 45 Mandaten. Und nach dem Brexit erhielten diese acht Parteien weitere drei Mitglieder.

d) Die Situation nach dem Brexit

Konnten sich die Christlich-Konservativen (EVP) und die Sozialdemokraten (S&D) nach den Europawahlen 2014 noch gemeinsam auf eine üppige Mehrheit im Parlament stützen (55% der Sitze), so büßten sie diese Vormachtstellung nach den Wahlen im Mai 2019 ein (nur noch 45% der Sitze). Durch den Brexit verbesserte sich die Situation der "großen Koalition" zwar etwas (47,5% der Sitze), aber zur Mehrheitsbildung ist sie immer noch auf Stimmen von den Liberalen (RE) und/oder den Grünen (Grüne/EFA) angewiesen. Drittstärkste Kraft sind nach wie vor die Liberalen, auch wenn sie durch den Brexit 11 Mandate verloren haben. **Rang vier nimmt jetzt die ID-Fraktion ein** (+3 Mandate), die die Grünen/EFA (-7 Mandate) überholt hat. Hatte sie sich schon unmittelbar nach den Wahlen mit einigem Recht zu den Gewinnern gezählt, so feierte sie diesen Überholvorgang nun überschwänglich als weiteres Erfolgserlebnis. Die EKR-Fraktion besetzt immer noch den sechsten und damit vorletzten Platz (Tabelle 9).

Die nunmehr nur noch 156 Abgeordneten der 23 Parteien am rechten Rand verteilen sich wie gehabt auf drei Fraktionen (und die Fraktionslosen) (Tabelle 8). Ein einheitliches Auftreten oder gar die Bildung einer gemeinsamen Fraktion hatte sich bereits während des Wahlkampfs und auch nach den Wahlen als illusorisch erwiesen. Von den wirklich bedeutsamen Rechtsaußenparteien ist der FIDESZ immer noch mit der EVP liiert, die PiS arbeitet in der EKR mit, Lega, RN und AfD gehören zur ID-Fraktion und die Abgeordneten der M5S sind fraktionslos.

Die ID-Fraktion hat vom Brexit profitiert. Sie ist mit ihren nunmehr 76 Abgeordneten die dominierende Kraft im Rechtsaußenbereich: Zu ihren ursprünglich neun Mitgliedsparteien ist eine zehnte hinzugekommen, die PVV. Die Fraktion organisiert jetzt fast die Hälfte der Rechtsaußenmandate (49%), im Juni 2019 waren es nur 41 Prozent (Tabelle 10). Aber immer noch befindet sich die Gruppierung in der Hand von gemäßigt rechtsextremen Westeuropäern. Die EKR-Fraktion organisiert nur 31 Prozent der Abgeordneten am rechten Rand, vor dem Brexit waren es sogar nur 25 Prozent. Dass sich unter den EVP-Parlamentariern nur acht bzw. sieben Prozent vom rechten Rand befinden, beruht darauf, dass sich dieser Fraktion nur eine Rechtsaußenpartei angeschlossen hat, eben der FIDESZ mit seinen 13 Mitgliedern (Tabelle 10).

Betrachtet man den Anteil der Mandate der Rechtsaußenparteien an der Gesamtzahl der Mandate der einzelnen Fraktionen, dann liegt die ID mit 100 Prozent wiederum vorne. Der entsprechende Anteil der EKR beträgt nach dem Brexit 79 Prozent. Diese bemerkenswerte Quote signalisiert einen heftigen Rechtsruck dieser Fraktion, die ursprünglich überwiegend dem demokratischen Zent-

Tabelle 9:
Fraktionen im Europäischen Parlament 2009, 2014 und 2019
Anzahl und Anteil ihrer Mandate (jeweils zu Beginn der Wahlperiode)
sowie nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)
1. Zeile: absolut; 2. Zeile: v.H.

Fraktionen	2009	2014	2019	nach Brexit
GUE/NGL	35	52	41	39
	4,8	6,9	5,5	5,5
S&D	184	191	154	148
	25,0	25,4	20,5	21,0
Grüne/EFA	55	50	74	67
	7,5	6,7	9,9	9,5
ALDE bzw. RE	84	67	108	97
	11,4	8,9	14,4	13,8
EVP	265	221	182	187
	36,0	29,4	24,2	26,5
EKR	55	70	62	61
	7,5	9,3	8,3	8,7
EF(D)D	32	48	-	-
	4,4	6,4	-	-
ENF bzw. ID	-	38^{a)}	73	76
	-	5,1	9,7	10,8
Fraktionslos	26	14	57	30
	3,5	1,9	7,6	4,3
Anzahl der Parlamentsmandate insgesamt	736 ^{b)}	751	751	705 ^{c)}

- a) Die Fraktion ENF wurde erst im Juni 2015 gegründet.
- b) Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1.12.2009 erhöhte sich die Anzahl auf 751. Infolge von Übergangsbestimmungen betrug die Anzahl der Parlamentsmitglieder am Ende der Wahlperiode 764.
- c) Das Europaparlament weist am 13.2.2020 nur 704 Mitglieder aus. Spanien ist nämlich nur mit 58 anstelle der ihm zustehenden 59 Sitze (Tabelle A1 im Anhang) vermerkt. Bei der Wahl im Mai 2019 hatte der katalonische Politiker Oriol Junqueras ein Mandat gewonnen, wurde dann aber im Zusammenhang mit der Katalonien-Krise zu einer Haftstrafe verurteilt und konnte sein Mandat nicht antreten. Im Dezember 2019 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass Junqueras, wie seine ins Ausland geflohenen und ebenfalls gewählten katalonischen Mitstreiter Carles Puigdemont und Antoni Comin, ihre Mandate wahrnehmen dürfen. Seitdem sind Puigdemont und Comin Mitglieder des Europaparlaments, nicht aber Junqueras. Denn ein spanisches Gericht entschied, dass das Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Spanien keinen Bestand habe. Formal ist aber für ihn ein Platz im Parlament reserviert, eben der 705te. Da Puigdemont und Comin derzeit (Mitte Februar 2020) zur Gruppe der Fraktionslosen gehören, wurde der Sitz für Junqueras hier ebenfalls dieser Gruppe zugerechnet (die auf der Internetseite des Parlaments allerdings nur mit 29 Personen angegeben ist, damit sich alle Mitglieder auf 704 addieren).

rum zuzurechnen war (aber eine Brücke zum rechten Rand bildete). 2014 gaben dort noch die Abgeordneten der britischen Konservativen und der polnischen PiS⁶⁰ den Ton an. Von 70 Fraktionsmitgliedern zu Beginn der 8. Wahlperiode gehörten nur 17 einer Rechtsaußenpartei an (24%). Nach den Europawahlen 2019 waren es 73 Prozent und nun sind es knapp 80 Prozent (Tabellen 9 u. 10). Unter den Fraktionsmitgliedern befinden sich derzeit 34 rechtskonservative, 11 gemäßigt rechtsextreme und drei orthodox rechtsextreme Abgeordnete⁶¹. **Die EKR-Fraktion ist also mittlerweile in ihrer überwiegenden Mehrheit Teil des Rechtsaußenspektrums.**

**Tabelle 10:
Mandate der Rechtsaußenparteien und Fraktionen
bzw. Fraktionslosen im Europäischen Parlament
zu Beginn der Wahlperiode 2019 und nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)**

Fraktion bzw. Fraktionslose (In Klammern: Gesamtzahl der Mandate)	Anteil der Mandate von Rechtsaußenparteien an der Gesamtzahl der Mandate der Fraktionen bzw. der Fraktionslosen i.v.H.	Verteilung der Mandate der Rechtsaußenparteien auf die Fraktionen bzw. Fraktionslosen i.v.H.
Mai 2019		
EVP (182)	7,1	7,3
EKR (62)	72,6	25,1
ID (73)	100,0	40,8
Fraktionslos (57)	84,2	26,8
nach Brexit		
EVP (187)	7,0	8,3
EKR (61)	78,7	30,8
ID (76)	100,0	48,7
Fraktionslos (30)	63,3	12,2

Lesebeispiel: Zu Beginn der Wahlperiode wurden 72,6 Prozent der (insgesamt 62) Mandate der EKR-Fraktion von Abgeordneten eingenommen, die einer Rechtsaußenpartei angehörten. Von den anfangs (insgesamt 179) Abgeordneten der Rechtsaußenparteien sind 25,1 Prozent der EKR-Fraktion beigetreten.

60 Die PiS wird entsprechend den hier geltenden Definitionen erst seit 2015 als rechtskonservativ eingestuft und mithin erst seit 2015 dem rechten Rand zugerechnet.

61 Die restlichen 13 Fraktionsmitglieder gehören keiner rechtskonservativen bzw. rechtsextremen Partei an.

Es folgt ein **kurzes Fazit** dieses Kapitels:

- Seit den ersten Direktwahlen 1979 hat die Anzahl der Mandate der rechtsextremen und rechtskonservativen Parteien im Europaparlament kontinuierlich zugenommen. Es ist aber nur ausnahmsweise gelungen, die Kräfte in gemeinsamen Fraktionen aller oder mehrerer Parteien zu bündeln. Der politische Einfluss der Rechtsaußenparteien ist mittlerweile dennoch beträchtlich.
- Anfangs saßen im Europaparlament nur Abgeordnete von rechtsextremen Parteien. Mit dem Vertrag von Maastricht kamen auch Vertreter von rechtskonservativen Parteien hinzu. Dadurch wurde der Rechtstrend noch verstärkt, die Konsensbildung am rechten Rand aber nicht einfacher.
- Die von 2015 bis 2019 bestehende Fraktion ENF setzte sich überwiegend aus gemäßigt rechtsextremen Abgeordneten zusammen. Aber sie vereinigte keineswegs alle gemäßigten Rechtsextremisten und schon gar nicht alle Abgeordneten am rechten Rand. Diese verteilten sich auf vier Fraktionen (und die Fraktionslosen).
- Im Vorfeld der Europawahlen 2019 fanden Gespräche über die Bildung einer breiten Allianz aus Rechtskonservativen und Rechtsextremisten statt. Obwohl mittlerweile viele rechtsextreme Parteien ihre fundamentaloppositionelle Haltung gegenüber der Europäischen Union aufgegeben hatten, kam es nicht zu dem angestrebten breiten Bündnis.
- Bei der nach den Europawahlen 2019 neu gebildeten Fraktion ID handelt es sich um die Nachfolge der ENF-Fraktion. Sie ist zwar nahezu doppelt so groß wie ihre Vorgängerin, folgt aber immer noch fast ausschließlich dem gemäßigten Rechtsextremismus und besteht nach wie vor mit wenigen Ausnahmen aus westeuropäischen Abgeordneten.
- Die ID-Fraktion besetzte im Reigen der sieben Fraktionen im Europaparlament zunächst nur den fünften Platz, konnte sich aber mit Blick auf den prozentualen Zuwachs an Mandaten durchaus zu den Gewinnern der Wahlen rechnen. Nach dem Brexit erhielt sie sogar noch einige Mandate hinzu und rückte auf Platz vier der Rangfolge vor.
- Die im Mai 2019 für die Rechtsaußenparteien gewählten 179 Parlamentsmitglieder verteilten sich nur noch auf drei Fraktionen: 41 Prozent schlossen sich der ID an, 25 Prozent der EKR und sieben Prozent der EVP. Die restlichen 27 Prozent meldeten sich fraktionslos. Die EFDD-Fraktion existiert nicht mehr. Nach dem Brexit verfügen die Rechtsaußenparteien nur noch über 156 Abgeordnete im Europaparlament. Fast die Hälfte davon arbeitet in der ID-Fraktion mit, knapp ein Drittel ist in der EKR-Fraktion organisiert.

- Die EKR-Fraktion war zunächst mehrheitlich Teil des demokratischen Zentrums. Sie muss nunmehr dem Rechtsaußenspektrum zugerechnet werden, da rund vier Fünftel ihrer Mitglieder der rechten Randparteien angehören.
- Die Chancen der rechtskonservativen und rechtsextremen Parteien, die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen zu stören, haben sich auch dadurch verbessert, dass die große Koalition aus EVP und S&D bei den Wahlen 2019 ihre Mehrheit verloren hat und nun auf einen breiten Konsens angewiesen ist, um ihre Vorhaben umzusetzen.

7. Ergebnis und Schlussfolgerungen

Das Ergebnis der Parteien am rechten Rand bei den Europawahlen 2019 ließe sich so zusammenfassen, dass kein Anlass zur Beunruhigung besteht: Die Bäume seien nicht in den Himmel gewachsen, es habe kein "flächendeckender Rechtsruck"⁶² stattgefunden, proeuropäische Kräfte verfügten immer noch über die Mehrheit im Parlament⁶³, Salvini's Projekt einer "Rechtsaußen-Superfraktion" sei gescheitert und "Europas Rechtspopulisten und Rechtsradikale" seien uneinig und zersplittert⁶⁴. Realistischer ist wohl folgende Formulierung: Der seit 1979 zu beobachtende heftige Rechtstrend hat sich fortgesetzt. **Die Rechtsaußenparteien sind stärker denn je.** Sie eroberten im Mai 2019 fast ein Viertel aller Mandate im Europaparlament. Nach dem Brexit sank ihr Mandatsanteil zwar etwas. **Die Mehrheitsbildung im Sinne einer Fortschreibung der Integration Europas ist durch sie aber nach wie vor erheblich erschwert.**

Richtig ist sicherlich, dass die Abgeordneten der rechten Randparteien auch nach diesen Wahlen nicht über einen belastbaren ideologisch-politischen Minimalkonsens verfügen und schon gar keinen einheitlichen Block bilden. Es handelt sich wohl eher um einen Geleitzug aus sehr unterschiedlichen und sehr eigenwilligen Akteuren, die allerdings in dieselbe Richtung marschieren. Aber dabei handelt es sich nicht um eine neue Entwicklung sondern um eine Konstante in der vierzigjährigen Geschichte der extremen Rechten im Europaparlament. Die Hoffnung vieler Rechtsaußenpolitiker, dass sich die Vision eines Europas der Vaterländer diesmal als stärker erweist als die unterschiedlichen nationalen und ideologischen Einzelinteressen, war realitätsfern. Denn die Vorstellung von einem lockeren Bündnis von Staaten, die sich jeweils auf ihre nationale und ethnisch-kulturelle Identität gründen, setzt nachgerade nationalen und ethnisch-kulturellen Egoismus voraus. Der beachtliche Wahlerfolg der rechtskonservativen und rechtsextremen Parteien konnte sich also gar nicht in der erhofften starken Machtposition im Europaparlament niederschlagen. **Aber auch wenn sich der**

62 "Grüne jubeln, Groko stürzt ab", in: Der Tagesspiegel v. 27.5.2019: "Die Rechtspopulisten konnten in mehreren Ländern Europas Gewinne verbuchen, ein flächendeckender Rechtsruck zeichnete sich aber nicht ab."

63 So eine Wahlanalyse der Robert Schuman-Stiftung: "Pro-European political forces are still in the majority in the Parliament". Pascale Joannin/Eric Maurice: European Parliament: a new balance ... but not Eurosceptic, Fondation Robert Schuman, Policy Paper, European Issues No. 517 v. 27.5.2019, S. 3. Im Internet: <https://www.robert-schuman.eu/en/doc/questions-d-europe/qe-517-en.pdf>.- In einer neueren Analyse der Stiftung wird diese Interpretation noch vertieft: "The significant rise of the nationalists, populists and Eurosceptics in most member states is not reflected by an increase of their weight in Parliament." Weiterhin ist die Rede von einer "neutralisation of the Eurosceptic and extremist forces despite prior fears of a populist tidal wave in Strasbourg". Und schließlich: "The Eurosceptic, nationalist right only have 135 seats, i.e. 17,98% of the Members of Parliament, divided into two groups and does not enjoy any real leverage for it to have any influence." Eric Maurice/Cindy Schweitzer/Magali Menneteau/Delphine Bougassas-Gaultier: The 9th European legislature, a new political landscape, Fondation Robert Schuman, Policy Paper, European Issues No. 525 v. 23.7.2019, S. 1, 2. In Internet: <https://www.robert-schuman.eu/en/doc/questions-d-europe/qe-525-en.pdf>.

64 So etwa Rainer Roeser: Euro-Rechte weiter gespalten, in: bnr.de v. 28.6.2019.

Traum von einer "grande destra" nicht erfüllt hat, bedeutet das keineswegs, dass die rechten Randparteien im Europaparlament ohne Einfluss sind und keine Wirkung entfalten.

Richtig ist auch, dass es keinen Erdrutschsieg der Rechtsaußenparteien gab. Diese Feststellung ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass diese Parteien **kontinuierlich an Resonanz** gewonnen haben und mittlerweile ein **beträchtliches Wählerpotenzial** mobilisieren können. Einige Anzeichen sprechen zwar dafür, dass der Rechtstrend mittlerweile seinen Zenit erreicht haben könnte. Aber damit wäre er noch keineswegs gestoppt. Wie dem auch sei: Der Status quo bietet hinreichenden Anlass zur Beunruhigung. Immerhin richtet sich über ein Fünftel der Mitglieder des Europaparlaments gegen den "universellen Geltungsanspruch der unveräußerlichen Menschenrechte" (Heinrich August Winkler), will die mühsam geschaffene und längst noch nicht vollendete europäische Integration rückabwickeln und damit auch die bescheidenen demokratischen Strukturen der Union beseitigen.

Zu bestreiten ist auch nicht, dass die proeuropäischen Kräfte immer noch zahlenmäßig über die Mehrheit im Parlament verfügen. Infolge der starken Präsenz der Rechtsaußenparteien ist der **Spielraum für die Herbeiführung von Mehrheitsentscheidungen jedoch geringer geworden**, und dies obwohl das Parlament nur noch aus sieben Fraktionen besteht. Verfügten Christdemokraten und Sozialdemokraten früher über die Mehrheit der Delegierten im Parlament, müssen Kompromisse jetzt von drei oder sogar vier Fraktionen getragen werden, je nach der Bereitschaft der Abgeordneten zur Wahrung der Fraktionsdisziplin. Dies zeigte sich bereits bei der konstituierenden Sitzung: Weil sich die proeuropäischen Kräfte nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten verständigen konnten, musste die für den 2. Juli 2019 vorgesehene Wahl eines Parlamentspräsidenten auf den folgenden Tag verschoben werden (bis das Personalpaket der Staats- und Regierungschefs vorlag). Mehr noch: Bei der Nominierung des Kommissionspräsidenten der EU durch den Europäischen Rat sollen vor allem Jaroslaw Kaczyński (PiS) und Viktor Orbán (FIDESZ) den Sozialdemokraten Frans Timmermans verhindert haben. Beide sollen sich nach der Wahl von Ursula von der Leyen gebrüstet haben, ihr zu ihrer hauchdünnen Mehrheit von neun Stimmen verholfen zu haben⁶⁵. Die Umstände der Wahl der Präsidentin der Europäischen Kommission dokumentierten auch, dass nicht einmal in fundamentalen Angelegenheiten der EU ein Grundkonsens besteht. Das proeuropäische Lager ist mit der Expansion der Rechtsaußenparteien nicht nur geschrumpft, es ist auch heterogener gewor-

⁶⁵ Jan-Werner Müller: Falsche Rücksicht. Wie schwach die EU gegenüber demokratiefeindlichen Regierungsparteien ist, hat die Wahl von Ursula von der Leyen wieder gezeigt, in: Süddeutsche Zeitung v. 29.7.2019, S. 11.

den. Mit dem allgemeinen Rechtstrend hat offenbar auch **im demokratischen Zentrum die Bedeutung von nationalen Egoismen und Parteiinteressen zugenommen, womit die Kompromissbildung im Parlament zusätzlich erschwert ist**⁶⁶.

Die Rechtsaußenparteien werden keine Gelegenheit auslassen, die komplexer gewordenen Entscheidungsstrukturen zum Gegenstand ihrer populistischen Kampagnen gegen die angeblich undemokratische, bürokratische und bürgerferne Europäische Union zu machen, um in ihren Heimatstaaten den etablierten Parteien weiterhin europaskeptische Anhänger abzuwerben. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass der Rechtsdrall bei den Europawahlen eine Begleiterscheinung des zunehmenden Erfolges der rechten Randparteien in den Mitgliedsstaaten ist. Sie werden ihre Präsenz in den Parlamenten und Regierungen der Nationalstaaten auch im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs, der grundsätzlich einstimmig entscheidet, zur Geltung bringen. Unter den sechs wirklich bedeutsamen Parteien am rechten Rand befinden sich derzeit immerhin drei Regierungsparteien, wovon zwei, FIDESZ und PiS, über ein **enormes Störpotenzial** verfügen.

Die Bagatellisierung des Wahlergebnisses der Rechtsaußenparteien ist auch aus politischen Gründen zu kritisieren. Denn dadurch werden die Analyse der Ursachen für die Erfolge der Rechtskonservativen und Rechtsextremisten und die Entwicklung von Maßnahmen gegen den Rechtstrend vernachlässigt. Der Auftrieb der Rechtsaußenparteien ist zwar in erster Linie der Globalisierung geschuldet, aber er ist auch hausgemacht. Die alteingesessenen europäischen Mittelparteien tragen insofern eine Mitverantwortung, als sie ihre soziale Integrationsfunktion vernachlässigt und sich nicht energisch genug gegen rechtskonservative und rechtsextreme Tendenzen abgegrenzt haben. Oft haben sie sich damit abgefunden oder sogar arrangiert. Und überhaupt erzeugen Politik, Medien, Kultur und Wissenschaft eher Gewöhnungseffekte, wenn sie Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus als rechtspopulistisch verharmlosen und womöglich noch als Teil einer (angeblichen) europäischen Normalität ausgeben.

Daher sei abschließend nochmals betont, dass die Erfolgsaussichten der Parteien am rechten Rand auch davon abhängen, ob eine umfassende Mobilisierung der beträchtlichen pro-europäischen Mentalitäten und Initiativen gegen völkisches und nationalistisches Denken stattfindet.

66 Anders der Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans: "Ich finde es aus demokratischer Sicht aber überhaupt nicht schlecht, dass das Europäische Parlament jetzt noch mehr ein Ort ist, wo man wirklich hart arbeiten muss, um eine Mehrheit zu bekommen. Das kann und sollte Ansporn sein, inhaltlich noch besser zu werden." Interview in: Vorwärts spezial 1/2020, S. 2 f. (Beilage zum Vorwärts Nr. 1, Februar 2020).

Anhang

Abkürzungen EU 28-Staaten

AT	Österreich	IE	Irland
BE	Belgien	IT	Italien
BG	Bulgarien	LT	Litauen
CY	Zypern	LU	Luxemburg
CZ	Tschechien	LV	Lettland
DE	Deutschland	MT	Malta
DK	Dänemark	NL	Niederlande
EE	Estland	PL	Polen
EL	Griechenland	PT	Portugal
ES	Spanien	RO	Rumänien
FI	Finnland	SE	Schweden
FR	Frankreich	SI	Slowenien
HR	Kroatien	SK	Slowakei
HU	Ungarn	UK	Vereinigtes Königreich

**Tabelle A1:
Verteilung der Sitze des Europäischen Parlaments
auf die Mitgliedsstaaten vor und nach dem Brexit**

Member State	Current distribution of seats	New Distribution	Difference
Germany	96	96	=
France	74	79	+5
United Kingdom	73	-	-73
Italy	73	76	+3
Spain	54	59	+5
Poland	51	52	+1
Romania	32	33	+1
Netherlands	26	29	+3
Greece	21	21	=
Belgium	21	21	=
Portugal	21	21	=
Czech Republic	21	21	=
Hungary	21	21	=
Sweden	20	21	+1
Austria	18	19	+1
Bulgaria	17	17	=
Denmark	13	14	+1
Slovakia	13	14	+1
Finland	13	14	+1
Ireland	11	13	+2
Croatia	11	12	+1
Lithuania	11	11	=
Slovenia	8	8	=
Latvia	8	8	=
Estonia	6	7	+1
Cyprus	6	6	=
Luxembourg	6	6	=
Malta	6	6	=
TOTAL	751	705	

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180607IPR05241/neue-sitzverteilung-im-parlament-nach-der-europawahl-2019> (27.1.2020).

**Tabelle A2:
Stimmenergebnisse der erfolgreichen^{a)}
Parteien am rechten Rand
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019
(i.v.H.)**

Partei [Staat]	2019
FIDESZ/KDNP [HU]	52,1
PiS [PL]	45,4
Lega [IT]	34,3
BP [UK]	30,7
RN [FR]	23,3
FPÖ [AT]	17,2
M5S [IT]	17,1
NA [LV]	16,4
SD [SE]	15,3
PS [FI]	13,8
EKRE [EE]	12,7
L'SNS [SK]	12,1
VB [BE]	11,7
AfD [DE]	11,0
FvD [NL]	11,0
DF [DK]	10,8
SPD [CZ]	9,1
VMRO (BMPO) [BG]	7,4
FDI [IT]	6,5
Jobbik [HU]	6,4
VOX [ES]	6,2
XA [EL]	4,9
EL [EL]	4,2
Arithmetisches Mittel	16,5

a) Parteien, die bei den Europawahlen Mandate errungen haben.

Tabelle A3:
Stimmenergebnisse der erfolgreichen^{a)} Parteien am rechten Rand
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019
im Vergleich zu den Ergebnissen dieser Parteien von 2014 und 2009
(i.v.H.)

Partei [Staat]	2019	2014	2009
FIDESZ/KDNP [HU]	52,1	51,5	56,4
PiS [PL]	45,4	31,8	27,4
Lega [IT]	34,3	6,2	10,2
BP [UK]	30,7	[26,6 ^{b)}]	[16,0 ^{b)}]
RN [FR]	23,3	24,9	6,3
FPÖ [AT]	17,2	19,7	12,7
M5S [IT]	17,1	21,2	-
NA [LV]	16,4	14,3	[7,5 ^{c)}]
SD [SE]	15,3	9,7	3,3
PS [FI]	13,8	12,9	9,8
EKRE [EE]	12,7	4,0	-
L'SNS [SK]	12,1	1,7	-
VB [BE]	11,7	4,3	9,9
AfD [DE]	11,0	7,1	-
FvD [NL]	11,0	-	-
DF [DK]	10,8	26,6	15,3
SPD [CZ]	9,1	[3,1 ^{d)}]	-
VMRO (BMPO) [BG]	7,4	10,7	[2,3 ^{e)}]
FDI [IT]	6,5	3,7	-
Jobbik [HU]	6,4	14,7	14,8
VOX [ES]	6,2	1,6	-
XA [EL]	4,9	9,4	0,5
EL [EL]	4,2	-	-
Arithmetisches Mittel	16,5	14,6	13,7

a) Nur Parteien, die 2019 Mandate errungen haben.

b) UKIP

c) TB/LNNK

d) Úsvit

e) Koalition "Napred"

Tabelle A4:
Stimmenergebnisse der erfolgreichen^{a)} Parteien am rechten Rand
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019
im Vergleich zu den Ergebnissen der letzten nationalen Parlamentswahlen
(i.v.H.)

Partei [Staat]	Europawahlen	Nationale Wahlen
FIDESZ/KDNP [HU]	52,1	49,3
PiS [PL]	45,4	37,6
Lega [IT]	34,3	17,4
BP [UK]	30,7	[26,6 ^{b)}]
RN [FR]	23,3	13,2
FPÖ [AT]	17,2	26,0
M5S [IT]	17,1	32,7
NA [LV]	16,4	11,0
SD [SE]	15,3	17,5
PS [FI]	13,8	17,5
EKRE [EE]	12,7	17,8
L'SNS [SK]	12,1	8,0
VB [BE]	11,7	12,0
AfD [DE]	11,0	12,6
FvD [NL]	11,0	1,8
DF [DK]	10,8	8,7
SPD [CZ]	9,1	10,6
VMRO (BMPO) [BG]	7,4	9,1
FDI [IT]	6,5	4,4
Jobbik [HU]	6,4	19,1
VOX [ES]	6,2	10,3
XA [EL]	4,9	2,9
EL [EL]	4,2	3,7
Arithmetisches Mittel	16,5	16,1

a) Nur Parteien, die bei den Europawahlen Mandate errungen haben.

b) UKIP

Stand 13.7.2019

**Tabelle A5:
Mandate der rechtskonservativen Parteien
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
2009, 2014 und 2019 (jeweils zu Beginn der Wahlperiode)
sowie nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)**

Partei	2009	2014	2019	nach Brexit
AfD [DE]	-	7	11	11
ANEL [EL]	-	1	-	-
Brexit Party [UK]	-	-	29	-
EL [EL]	-	-	1	1
FIDESZ/KDNP [HU] ^{a)}	-	12	-	-
M5S [IT] ^{b)}	-	-	14	14
NA [LV]	-	1	2	2
PiS [PL] ^{c)}	-	-	26	27 ^{d)}
SSO/Svobodni [CZ]	-	1	-	-
TT [LT]	2	2	-	-
UKIP [UK]	13	24	-	-
VOX [ES]	-	-	3	4
Insgesamt	15	48	86	59

a) Seit 2011/12 rechtskonservativ, seit 2015/16 gemäßigt rechtsextrem.

b) Spätestens seit 2018 rechtskonservativ.

c) Seit 2015 rechtskonservativ.

d) 25 PiS + 2 SP. SP ist eine Abspaltung der PiS, beide haben enge Kooperation vereinbart, auch im EP.

Tabelle A6:
Mandate der gemäßigt rechtsextremen Parteien
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
2009, 2014 und 2019
(jeweils zu Beginn der Wahlperiode)
sowie nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)

Partei	2009	2014	2019	nach Brexit
DF [DK]	2	4	1	1
EKRE [EE]	-	-	1	1
FDI [IT]	-	-	5	6
FIDESZ/KDNP [HU] ^{a)}	-	-	13	13
FN/RN [FR]	3	24	22	23
FPÖ [AT]	2	4	3	3
Jobbik [HU]	b)	b)	1	1
KNP/KORWiN [PL]	-	4	-	-
LAOS [EL]	2	-	-	-
LN/Lega [IT]	9	5	28	29
PS [FI]	1	2	2	2
PVV [NL]	4	4	-	1
SD [SE]	-	2	3	3
SNS [SK]	1	-	c)	-
SPD [CZ]	-	-	2	2
VB [BE]	2	1	3	3
VMRO (BMPO) [BG]	-	2	2	2
Insgesamt	26	52	86	90

- a) Seit 2011/12 rechtskonservativ, seit 2015/16 gemäßigt rechtsextrem.
b) Orthodox rechtsextrem, seit 2017 gemäßigt rechtsextrem.
c) Ab 2019 rechtskonservativ (aber kein Mandat).

**Tabelle A7:
Mandate der orthodox rechtsextremen Parteien
bei den Wahlen zum Europäischen Parlament
2009, 2014 und 2019
(jeweils zu Beginn der Wahlperiode)
sowie nach dem Brexit (Stand 13.2.2020)**

Partei	2009	2014	2019	nach Brexit
Ataka [BG]	2	-	-	-
BNP [UK]	2	-	-	-
FvD [NL]	-	-	3	4 ^{b)}
Jobbik [HU]	3	3	a)	-
L'SNS [SK]	-	-	2	2
NPD [DE]	-	1	-	-
PRM [RO]	3	-	-	-
XA [EL]	-	3	2	1 ^{c)}
Insgesamt	10	7	7	7

- a) Seit 2017 gemäßigt rechtsextrem.
- b) Dorien Rookmaker ist infolge des Brexit für das FvD ins Parlament gelangt, hat sich dann aber sofort von der Partei getrennt und sich der Gruppe von Henk Otten (auch ehem. FvD) angeschlossen. Sie ist jetzt fraktionslos.
- c) Ioannis Lagos für die XA gewählt, seit Juli 2019 aber parteilos.

**Abkürzungsverzeichnis für nationale Parteien
und für Fraktionen im Europaparlament**
(offizielle Abkürzungen, deutsche Bezeichnungen
und Herkunftsland bzw. Europaparlament)

AfD	Alternative für Deutschland	Deutschland
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa; seit 12.6.2019: Europas Erneuerung (RE)	Europaparlament
ANEL	Unabhängige Griechen	Griechenland
AS	Soziale Alternative	Italien
Ataka	Attacke	Bulgarien
BMPO	siehe VMRO	Bulgarien
BNP	Britische Nationalpartei	Vereinigtes Königreich
[BP]	Brexit Partei [The Brexit Party]	Vereinigtes Königreich
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich	Österreich
DF	Dänische Volkspartei	Dänemark
EF(D)D	Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie; seit 1.7.2014: Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie	Europaparlament
EKR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen	Europaparlament
EKRE	Estnische Konservative Volkspartei	Estland
EL	Griechische Lösung	Griechenland
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit; seit 12.6.2019: Fraktion Identität und Demokratie (ID)	Europaparlament
EPEN	Nationale Politische Union	Griechenland
EVP	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokra- ten)	Europaparlament
FDI	Brüder Italiens	Italien
FIDESZ/MPSZ	Ungarischer Bürgerbund	Ungarn
FN	Nationale Front; seit 1.6.2018: Nationale Sammlungsbe- wegung (RN)	Frankreich
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	Österreich
FvD	Forum für Demokratie	Niederlande
Grüne/EFA	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz	Europaparlament
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke	Europaparlament
ID	Fraktion Identität und Demokratie (vormals ENF)	Europaparlament
IMRO	siehe VMRO	Bulgarien
ITS	Fraktion Identität, Tradition, Souveränität	Europaparlament

Jobbik	Bewegung für ein besseres Ungarn	Ungarn
KDNP	Christlich-Demokratische Volkspartei	Ungarn
KNP	Kongress der Neuen Rechten	Polen
KORWiN	Koalition der Erneuerung der Republik – Freiheit und Hoffnung	Polen
LAOS	Völkische Orthodoxe Sammlungsbewegung	Griechenland
LN/Lega	Liga Nord/Liga	Italien
LNNK	Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung	Lettland
L'SNS	[Kotleba –] Volkspartei Unsere Slowakei	Slowakei
M5S	Fünf-Sterne-Bewegung	Italien
MSFT	Sozialbewegung der dreifarbigten Flamme	Italien
MSI[DN]	Italienische Sozialbewegung [Nationale Rechte]	Italien
NA	Nationale Vereinigung bzw. Allianz	Lettland
Napred	Vorwärts	Bulgarien
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	Deutschland
PC	Konservative Partei	Rumänien
PiS	Recht und Gerechtigkeit	Polen
PRM	Großrumänienpartei	Rumänien
PS	Wahre Finnen bzw. Basisfinnen	Finnland
PVV	Partei für die Freiheit	Niederlande
RE	Europas Erneuerung [Renew Europe] (vormals ALDE)	Europaparlament
REP	Die Republikaner	Deutschland
RN	Nationale Sammlungsbewegung (vormals FN)	Frankreich
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten	Europaparlament
SD	Schwedendemokraten	Schweden
SNS	Slowakische Nationalpartei	Slowakei
SP	Solidarisches Polen	Polen
SPD	Freiheit und direkte Demokratie	Tschechien
SR	Wir sind eine Familie – Boris Kollár	Slowakei
SSO/Svobodni	Partei der freien Bürger	Tschechien
TB	Für Vaterland und Freiheit	Lettland
TT	Partei der Ordnung und Gerechtigkeit	Litauen
UKIP	Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs	Vereinigtes Königreich
Úsvit	Morgendämmerung der direkten Demokratie Tomio Okamura	Tschechien
VB	Flämischer Block; seit 2004 Flämische Interessen	Belgien

VMRO bzw. IMRO	Bulgarische Nationale Bewegung	Bulgarien
Wolja	Wille	Bulgarien
Wolność	Freiheit des Janusz Korwin-Mikke (siehe auch KORWiN)	Polen
VOX	Vox (lat. Stimme)	Spanien
XA	Goldene Morgenröte	Griechenland

Literaturverzeichnis

Bathke, Peter/Susanne Spindler (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin: Karl Dietz 2006.

Busch, Klaus/Joachim Bischoff/Hajo Funke: Rechtspopulistische Zerstörung Europas? Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende, Hamburg: VSA 2018.

Decker, Frank/Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden: Nomos 2015.

Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim 2014.

Globisch, Claudia/Agnieszka Pufelska/Volker Weiß (Hrsg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden: VS Verlag 2011.

Grabow, Karsten/Torsten Oppeland: "Ich will die EU zerstören". EU-Gegner im 8. Europäischen Parlament. Eine Jahresbilanz, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2015 (<http://www.kas.de/wf/de/33.41374>).

Janssen, Thilo: Geliebter Feind. Rechtsaußenparteien und die Europäische Union, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel, Februar 2016 (<http://de.rosalux.eu/publikationen/geliebter-feind/?L=0>).

Janssen, Thilo: Die Europäisierung der rechten EU-Gegner. Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014. Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Januar 2013 (<http://www.rosalux.de/publication/38359/was-macht-die-politische-rechte-im-europaeischen-parlament.html>).

Jesse, Eckhard/Tom Thieme (Hrsg.): Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden: VS Verlag 2011.

Langenbacher, Nora/Britta Schellenberg (Hrsg.): Ist Europa auf dem "rechten" Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin 2011.

Melzer, Ralf/Sebastian Serafin (Hrsg.): Rechtsextremismus in Europa, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin 2013.

Mudde, Cas (Hrsg.): Racist Extremism in Central and Eastern Europe, London-New York: Routledge 2005.

Mudde, Cas: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge: Cambridge University Press 2007.

Niedermayer, Oskar: Immer noch eine „nationale Nebenwahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45. Jg. (2014), H. 3, S. 523-546.

Niedermayer, Oskar: Die Europawahlen 2014 und ihre Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 63. Jg. (2014), H. 3, S. 351-364.

Niedermayer, Oskar: Von der "nationalen Nebenwahl" zur "europäisierten Wahl"? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 26. Mai 2019, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 50. Jg. (2019), H. 4, S. 691-714.

Stöss, Richard: Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 5, Berlin, April 2001, 34 S. (<https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publicationen/schriften/Arbeitshefte/RexDVPW.pdf>).

Stöss, Richard: The Extreme Right Wing in Europe: Does a "Euro Right" Exist?, in: René Cupe-
rus/Karl A. Duffek/Johannes Kandel (Hrsg.): The Challenge of Diversity. European Social De-
mocracy Facing Migration, Integration, and Multiculturalism, Innsbruck: Studienverlag 2003, S. 253-
271.

Stöss, Richard: Rechtsextreme Parteien in Westeuropa, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Me-
lanie Haas (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden: VS Verlag 2006, S. 521-563.

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, 3. akt. Aufl., Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum
Berlin 2010 (library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf).

Stöss, Richard: Der rechte Rand des Parteiensystems, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch
Parteienforschung, Wiesbaden: Springer VS 2013, S. 563-618.

Stöss, Richard: Der rechte Rand bei den Europawahlen 2014. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-
Zentrum, Nr. 22, Berlin, September 2014, 32 S. ([https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/for-
schung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/AHOSZ_22_Euro-
pawahlen_2014.pdf](https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/AHOSZ_22_Euro-
pawahlen_2014.pdf)).

Stöss, Richard: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung,
Forum Berlin 2017, 108 S. (library.fes.de/pdf-files/dialog/13377.pdf).

Prof. Dr. Richard Stöss (i.R.)

rstoess@zedat.fu-berlin.de

<https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Stoess.html>

0170 41 82 889

Berlin, Februar 2020